

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 53 (1944)
Heft: 25

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

** An das Forschungsinstitut
für Fremdenverkehr, Bern.
Furtengasse 6

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

INSERATE:
Die einspaltige Nonpareillezelle oder deren Raum 45 Cts. Reklamen
Fr. 1.50 per Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

ABONNEMENT:
Schweiz: jährlich Fr. 12.—, halbjährlich Fr. 7.—, vierteljährlich
Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. Ausland: bei direktem Bezug jährlich
Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich
Fr. 1.80. Postabonnemente: Preise bei den ausländischen Post-
ämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts.
zu entrichten.

REDAKTION UND EXPEDITION:
Basel, Gartenstrasse 112.
Verantwortlich für die Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen.
Postcheck- und Girokonto: V 85. Telefon 27934.
Druck von Emil Birkhäuser & Cie., A.G., Basel.

Fachorgan für die Hotellerie und den Fremdenverkehr



Dreihundfünfzigster
Jahrgang

Cinquante-troisième
année

Eigentum des Schweizer Hotelier-Vereins · Propriété de la Société Suisse des Hôtelières

ANNONCES:
La ligne de 6 points ou son espace 45 cts., réclames fr. 1.50 par
ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS:
Suisse: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—,
un mois fr. 1.50. Pour l'étranger abonnement direct: 1 an, 15 fr.;
6 mois 8 fr. 50; 3 mois 5 fr.; 1 mois 1 fr. 80. Abonnement à la
poste: demander le prix au bureau de poste étranger. Pour les
changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

REDACTION ET ADMINISTRATION:
Bâle, Gartenstrasse 112.
Responsable pour la rédaction et l'édition: Dr. Max Riesen.
Compte de chèques postaux No. V 85. Téléphone 27934.
Imprimé par Emil Birkhäuser & Cie, S. A., Bâle.

N^o 25 Basel, 22. Juni 1944

Erscheint jeden Donnerstag · Paraît tous les jeudis

Bâle, 22 juin 1944 N^o 25

Zukunftsfragen des Flugverkehrs

Das Flugzeug ist nicht nur das schnellste, sondern auch das universellste aller Verkehrsmittel. Letzteres will besagen, dass man mit dem Flugzeug zwei beliebige Punkte der Erde miteinander verbinden kann, ungeachtet der dazwischen liegenden natürlichen Hindernisse, wie Gebirgszüge, Meere, Wüsten usw. Verfügt das Flugzeug über einen genügend grossen Aktionsradius, so kann die ganze Reise ohne Zwischenlandung durchgeführt werden, und es ist sogar nicht einmal nötig, das Transportgut umzuladen. Erinnern wir daran, dass der absolute Distanzrekord im Direktflug vor dem Kriege auf rund 11000 km (Ägypten—Australien) stand und dass man heute schon Transportflugzeuge besitzt, Lasten von mehreren Tonnern über Strecken von 3000—4000 km zu befördern. Immerhin muss hinsichtlich der erwähnten „Universalität“ eine Einschränkung gemacht werden: das Flugzeug kann nur dann eingesetzt werden, wenn am Anfangs- und Endpunkt der Reise ein der Grösse des Flugzeuges entsprechender Flugplatz oder Flughafen vorhanden ist.

Im Gegensatz zum Eisenbahnverkehr, wo der ganze Betrieb, d. h. Fahrdienst, Stationsdienst usw. organisatorisch eine Einheit bildet, müssen wir beim Luftverkehr zwischen dem Flugbetrieb einerseits und der Bodenorganisation andererseits unterscheiden. Der Flugbetrieb wird in der Regel von einer privaten Unternehmung durchgeführt. Ihr gehören die Flugzeuge, Werkstätte, der kommerzielle Dienst usw., und sie verfügt über das entsprechende Personal. Die Bodenorganisation, welche die Flugplätze mit sämtlichen Bauten (Stationsgebäude, Hangars, radioelektrische Anlagen usw.) umfasst und deren Betrieb, einschliesslich des Flugsicherungsdienstes und der Verkehrskontrolle (Funk- und Peildienst), ist überwiegend oder ausschliesslich Sache der öffentlichen Hand. Ähnliche Verhältnisse bestehen bekanntlich schon seit langer Zeit bei der Seeschifffahrt.

Die Erstellung geeigneter Flugplätze ist gegenwärtig das Zentralproblem für die zukünftige Entwicklung unseres schweizerischen Luftverkehrs. Zürich, Basel, Bern und Lausanne sehen sich heute vor die Frage gestellt, vollkommen neue Flugplätze zu bauen. Genf konnte, dank der günstigen Lage seines Flughafens in Cointrin, diesen schon während der Kriegszeit ausbauen. Da es sich hierbei um Projekte handelt, deren Kosten in Dutzende von Millionen gehen, ist eine äusserst sorgfältige Prüfung des ganzen Fragekomplexes nötig.

Es kann schon heute gesagt werden, dass wir deutlich zwischen dem Anschluss der Schweiz an den europäischen, d. h. kontinentalen Luftverkehr einerseits und an den überseeischen oder interkontinentalen andererseits in Zukunft unterscheiden müssen. Beim kontinentalen Luftverkehr werden wir mit durchschnittlichen Flugzeiten von 2—5 Stunden zu rechnen haben, um z. B. die grossen Zentren des Auslandes, wie Budapest, Stockholm, Kopenhagen, Berlin, Amsterdam, London, Paris, Barcelona, Rom usw. zu erreichen, resp. von dort nach der Schweiz zu fliegen. Rechnen wir den durch den Zubringerdienst zu den Flugplätzen oder den durch eine Zwischenlandung verursachten Zeitverlust hinzu, so verlängert sich die Gesamtzeit vom Zentrum zu Zentrum etwa noch um ein Drittel der eigentlichen Flugzeit. Um nun gegenüber dem hochqualifizierten europä-

schen Eisenbahnverkehr den Luftverkehr konkurrenzfähig zu machen (denn nur damit rechtfertigt sich der höhere Flugpreis), müssen wir auf den relativ kurzen europäischen Flugstrecken mit jeder Minute kargen. Die notwendige Konsequenz aus dieser Feststellung ist, dass die Flugplätze des europäischen Verkehrs so nahe als irgendmöglich an den sie alimentierenden Zentren zu liegen haben. Die bisherige, rund zwanzigjährige Erfahrung im praktischen Luftverkehr belehrt uns nun eindeutig darüber, dass nur solche Zentren dem Flugzeug genügend „Kundschaft“ (Passagiere, Post und hochwertige Leichtgüter) zuführen können, die über ein überragendes kommerzielles und industrielles Potential verfügen.

Bezüglich des zukünftigen interkontinentalen Luftverkehrs ist diese Situation etwas anders gelagert. Hier haben wir mit wesentlichen grösseren Distanzen und damit auch längeren Flugzeiten zu rechnen. Für die Strecke Schweiz—New York von 6400 km wird die Flugzeit auf etwa 18 Stunden geschätzt, um nur ein Beispiel zu nennen. Der relative Anteil des Zeitverlustes des Zubringerdienstes spielt dabei eine geringere Rolle. Hier hat das ganze Land mit seinem gesamten Wirtschaftspotential Einzugsgebiet zu sein.

Ein Verkehrsmittel, das der Wirtschaft zu dienen hat, muss aber nicht nur rasch, sondern auch zuverlässig sein. Neben der Schnelligkeit verlangen wir im Luftverkehr auch Sicherheit, Regelmässigkeit und Pünktlichkeit. Diese Erfordernisse können aber nur dann erfüllt werden, wenn eine umfassende Bodenorganisation vorhanden ist. Deshalb geht heute der Ruf nach der Erstellung von „Allwetter-Flughäfen“, welche den Luftverkehrsbetrieb bei jedem Wetter, bei Tag und bei Nacht, im Sommer und Winter, gestatten.

Die Bedingungen, welche von seiten der Aufsichtsbehörden für den Bau von Flugplätzen für den regelmässigen Verkehr gestellt worden sind, wurden im Laufe der Jahre ständig verschärft. Man verlangt heute für den kontinentalen Verkehr Start- und Landepisten in der Hauptwindrichtung von etwa 2 km Länge und 400 m Breite und anschliessender hindernisfreier Zone über einer 1:25 geneigten Ebene. Für die nur im Gegenwind benützten Nebenrichtungen genügen etwa zwei Drittel der erwähnten Abmessungen. Für die Langstreckenflugzeuge von etwa 60 bis 100 Tonnern Fluggewicht des kommenden interkontinentalen Verkehrs muss die Hauptpiste bis auf 3 km Länge gebracht werden und die hindernisfreie Zone über einer 1:40 geneigten Ebene zu liegen haben.

Die Pläne für den Grossflughafen Utzenstorf bei Burgdorf, die gegenwärtig von den eidgenössischen Instanzen geprüft werden, sehen für den Vollaussbau des Platzes (Bodenkosten, technische Einrichtungen, Hochbauten, Bahn- und Strassenbau) für interkontinentalen Verkehr Gesamtkosten in der Höhe von 88 Millionen vor. Ein erster Ausbau, der den Bedingungen des kontinentalen Verkehrs entsprechen würde (halber Vollaussbau) käme auf rund 45 Millionen Franken zu stehen. Auch die Berechnungen des projektierten Zürcher Grossflughafens bei Kloten, denen ähnliche technische Anforderungen zugrundeliegen, bewegen sich in ebensolchen Kostengrössen.

Im Hinblick auf diese gewaltigen finanziellen Aufwendungen wird man sich in der Schweiz notwendigerweise darauf beschränken müssen, zwei, höchstens drei solcher Plätze für einen kontinentalen Allwetterverkehr zu bauen. Der Bund trägt sich mit der Absicht, einen dieser sogenannten Städteflughäfen dann für die Erfordernisse des zukünftigen Interkontinentalverkehrs auszubauen. Deshalb wurden anlässlich einer 1942 vom Luftamt einberufenen „Flugplatz-Konferenz“ sämtliche Kantone oder Städte, welche sich mit Flugplatzprojekten befassen, eingeladen, auch die Möglichkeiten des Ausbaues ihrer Städteflughäfen zu prüfen. Dieser Einladung sind bisher die Kantone Bern, Genf und Zürich nachgekommen. Welcher Platz dann endgültig für den interkontinentalen Verkehr zu wählen ist, hat der Bund, der voraussichtlich die Kosten des Ausbaues weitgehend aus den Arbeitsbeschaffungskrediten bestreiten wird, zu entscheiden.

Im Verlaufe der bisherigen Diskussion um die schweizerischen Flugplatzprojekte hat sich bedauerlicherweise der unglückliche Begriff eines „Zentralflughafens“ eingeschlichen. Die Ansicht kam auf, dass der ganze schweizerische Luftverkehr, vor allem der Kontinentalverkehr, auf einen einzigen, möglichst in der Mitte des Landes liegenden „zentralen“ Flughafen zu konzentrieren sei. In seiner Antwort auf das Postulat Dietrich hat Bundesrat Celio am 25. September 1942 im Nationalrat diese Auffassung berichtigt. Er wies darauf hin, dass der kontinentale Luftverkehr der Schweiz weiterhin seinen Anfangs- und Endpunkt in denjenigen Städten haben werde, die ihn nicht nur ausreichend zu alimentieren vermögen, sondern bisher schon für seine Förderung weitgehende Kosten auf sich genommen haben. Hingegen sei es schon aus Sicherheitsgründen gegeben, den zukünftigen interkontinentalen Luftverkehr, von dessen Notwendigkeit für unsere schweizerische Volkswirtschaft unser Verkehrsminister überzeugt ist, einem einzigen, besonders grossausgebauten Flughafen zuzuweisen.

Die Frage wäre endlich noch kurz zu streifen, wie sich der Zubringerdienst von Städten, die sich keinen „Vierstundend-Millionen-Flughafen“, sowie von den Fremdenverkehrsregionen aus, zu den zwei oder drei Städteflughäfen des internationalen Verkehrs gestalten würde. Der Zubringerdienst mit kleineren Flugzeugen, wie er teilweise schon vor dem Kriege bestand, wäre auf jeden Fall der schnellste. Hingegen kann man einige Zweifel haben, ob ein solcher Kurzstreckenluftverkehr auch zuverlässig und finanziell tragbar ist. Sicher, regelmässig und pünktlich kann nur zwischen erstklassig ausgebauten Grossflughäfen geflogen werden. Verfügt ein Flugplatz in einer Fremdenverkehrsregion nicht über ent-

Inhaltsverzeichnis:

Seite 1: Zukunftsfragen des Flugverkehrs — Neue Truppenaufgebote und Personalproblem. Seite 2: Die erweiterte Sanierungsvorlage der S. H. T. G. — Schweizerische Gewerbetätigkeit. Mitgliederbewegung. Seite 3: Kriegswirtschaftliche Orientierung. — Aus der Bundesversammlung. Seite 4: Aus den Verbänden — Kleine Chronik Wirtschaftsnotizen — Saisonöffnungen.

sprechende Einrichtungen für Schlechtwetterstart und -landung, so wird er eben nur in der guten Jahreszeit mit einiger Regelmässigkeit angefliegen werden können. Ebenso ist erwiesen, dass eine gewisse Rentabilität nur auf grossen Strecken zu erzielen ist, wo das ganze Jahr hindurch mit einem ausreichenden Aufkommen an Passagieren, Post und Gütern gerechnet werden kann.

Es soll nicht bestritten werden, dass uns die Flugtechnik noch manche Überraschung bringen kann. Wir denken dabei an Spezialflugzeuge, wie an den „Autogiro“ oder an den „Storch“ von Fieseler, oder endlich sogar an die Idealtypen, den senkrecht aufsteigenden und landenden Hubschrauber. Wie weit z. B. der letztere zur praktischen Betriebsreife gelangt ist, kann im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse heute nicht beurteilt werden.

Wir würden es als einen Akt kluger und rationaler Verkehrspolitik betrachten, wenn der Zubringerdienst von den Regionen, und zwar hauptsächlich von solchen, die sich am Rande oder innerhalb der Gebirgszone befinden, den Schienen- und Strassenfahrzeuge überlassen bliebe. Damit kann dem Gast zu jeder Jahreszeit die Garantie gegeben werden, dass er sein endgültiges Reiseziel, sei dieses nun im Engadin, Wallis oder Berner Oberland, auch wirklich zur festgesetzten Stunde erreicht. Ein Zubringerdienst auf dem Luftwege, speziell in das Alpengebiet hinein, wird stets mehr einen touristischen Charakter behalten. In Sonderfällen, wie beim Transport grösserer Gesellschaften bei Saisonbeginn, für Krankentransporte oder sonstige Spezialflüge, kann seine Berechtigung gewiss bejaht werden.

Die Lösung der schweizerischen Flugplatzfrage ist zweifellos sehr dringend, wenn man bedenkt, dass der Bau eines Städteflughafens für den kontinentalen Verkehr mindestens drei Jahre beanspruchen dürfte. Man kann auch annehmen, dass nach Abschluss der Feindseligkeiten das Flugzeug als erstes, zuverlässiges Verkehrsmittel zum Einsatz gelangen wird, um die vielen durch den Krieg zerschnittenen materiellen und moralischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Welt neu zu knüpfen.

Dr. Walter Dollfus.

Neue Truppenaufgebote und Personalproblem

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Verstärkung des Grenzschutzes die gesamte Hotellerie vor neue Schwierigkeiten im Personalsektor gestellt, die sich für manche Saisonbetriebe sogar als unüberwindbar erweisen, so dass sie auf die Eröffnung des Hauses für diesen Sommer verzichten oder diese zeitlich doch stark hinausgezögern müssen.

Der Oberbefehlshaber der Armee hat in seinem in der Presse bekanntgemachten Tagesbefehl vom 15. Juni erklärt, er werde darüber wachen, dass die getroffenen Massnahmen der Lage angepasst bleiben, damit den Aufgaben des Einzelnen im Rahmen des Zulässigen Rechnung getragen werden könne. Diese Zusage einer verständnisvollen Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Erfordernisse hat unseren Verein in seinem Vorhaben bestärkt, dem General die Verhältnisse

auf dem Arbeitsmarkt für Hotelpersonal einmal mehr in Erinnerung zu rufen, um ihm zu schildern, welche nachteiligen Lücken in den an und für sich schon unzureichenden Bestand an Angestellten gerissen werden. Insbesondere ist die Saison- und Berghotellerie einfach ausserstande, sich auch nur annähernd das Personal zu sichern, das für die einmühsam befriedigende Aufrechterhaltung des Betriebes oder zur Wiedereröffnung der Häuser unumgänglich notwendig ist. Dazu kommt noch, dass die jüngsten Jahrgänge vor der Zeit dienstlich beansprucht werden und somit auch auf sie kein Verlass mehr ist. Andererseits hält es besonders schwer, für bestimmte Kategorien von Hotelangestellten Urlaube oder Dienstverschiebungen zu erwirken, weil man aus mancherlei Zweckmässigkeits- und anderen Gründen glaubt, auf ihre Anwesenheit im Dienste nicht

verzicht zu können. Dies trifft hauptsächlich für Küche und einen Teil des Servierpersonals zu.

Die Hotellerie sollte aber doch — immer unter gebührender Rücksichtnahme auf die äussere Sicherheit des Landes — auf so viel Verständnis von Seiten der Truppenkommandos rechnen dürfen, dass wenigstens die Aufrechterhaltung des Betriebes gesichert bleibt und nicht die Existenz von 50 und so vielen Saisonunternehmen auf Spiel gesetzt wird. Wohl bemüht sich unser Stellendienst unermüdet, Aushilfen zu beschaffen und soweit zugänglich auch Zivilpflichtlinge in den Arbeitsprozess einzuschalten. Allein die Möglichkeiten sind hier aus mancherlei Ursachen heraus sehr beschränkt. Vor allem auch deshalb, weil man dabei auf das Prinzip der Freiwilligkeit abstellen muss und auf diesem

Wege nicht allzuviel erreicht werden kann. Die Arbeitsfreude steht nicht überall im richtigen Verhältnis zu den Anforderungen an das Gastland.

Die Hotellerie steht der gegenwärtigen Sachlage ziemlich machtlos gegenüber. Soweit die Organisation der Arbeitgeberchaft zur Lösung der gegenwärtigen Krise auf dem Arbeitsmarkt beitragen kann, so tut sie es nach besten Kräften. Die Grenzen sind, gerade im Hinblick auf die militärischen Erfordernisse sehr eng gezogen. Es bleibt daher nur die Erwartung, dass der Notruf an den General etwelche Wirkung zeitigt, wenigstens im Sinne einer Aufklärung der Dienststellen und Kommandos über die tatsächlich kritische Zuspitzung des Personalproblems und die vielfache praktische Unmöglichkeit der Personalbeschaffung.

Die erweiterte Sanierungsvorlage der S.H.T.G.

Nachdem wir in einer letzten Ausgabe vorerst über die eigentliche Hilfstätigkeit der SHTG. an Hand des neuesten Geschäftsberichtes orientierten, folgen nachstehend die ebenso aktuellen und wissenschaftlichen Darlegungen über die wesentlichen Neuerungen, welche die Verordnung enthält, die gegenwärtig beim Bundesrat liegt und über die Herr Dr. F. Feiler anlässlich der Delegiertenversammlung in so aufschlussreicher Weise referierte:

Abbau ungedeckter Pfandkapitalforderungen

Für einen solchen Abbau kommen etwa 600 Unternehmen mit ungefähr 50,000 Gastbetten in Betracht, deren Verschuldung sich auf durchschnittlich 7000 Fr. pro Bett, mithin auf insgesamt 350 Millionen Franken bezieht.

Die Hauptschwierigkeit, die sich bei der Ausarbeitung der näheren Modalitäten einer Kapitalabfindung bot, bestand darin, eine für alle Beteiligten annehmbare Bewertungsgrundlage zu finden, die es ermöglicht, eine Abrechnung zwischen den ungedeckten einen Abbau zu unterziehenden Pfandkapitalen einerseits und den gedeckten, kapitalmässig nicht zu tangierenden Forderungen andererseits vorzunehmen. Zum vornehmsten zeigte es sich, dass nicht der gegenwärtige, bei vielen Unternehmen dem Nullpunkt sich nähernde Ertragswert in Betracht fallen kann. Infolgedessen musste danach getrachtet werden, der Zahlung einen nach Eintritt einigermaßen normaler Verhältnisse wahrscheinlich wieder erzielbaren Ertrag zugrunde zu legen. Das will heissen, dass ein Ertragswert zu suchen ist, der das Mittel aus einer Reihe guter und schlechter Jahre darstellt. Die gründliche Aussprache hierüber im Schosse der Expertenkommission dazu geführt, dass eine Art „mittlerer, bei direktem, erfolgreicher Betriebsführung erzielbarer Ertragswert der letzten neun Jahre vor Kriegsausbruch“ bestimmt wurde. Das Schatzungsreglement sieht vor, dass zur Ermittlung des Jahresertrags von den Gesamteinnahmen die eigentlichen Betriebsausgaben, die Aufwendungen für Steuern und Abgaben, ferner die Privatentzüge bzw. Direktentzüge, sowie eine übliche Entschädigung für die geleistete Arbeit nicht übersteigen, abzuziehen sind, nicht aber die Ausgaben für den Unterhalt der Immobilien und Mobilien, die Zinsen und die Abschreibungen. Der Durchschnitt der so berechneten oder geschätzten Ertragswerte wird zur Festsetzung des Ertragswertes mit 8% kapitalisiert, wobei je nach den besonderen Umständen des konkreten Falles ein angemessener Abstrich oder auch ein Zuschlag gemacht werden kann.

Die auf Grund dieser Schätzungen ungedeckten Kapitalforderungen wären je nach der Höhe und dem Range der Pfanddeckung durch grössere oder geringere Barzahlungen abzufinden. An die Stelle der im bürgerlichen Entscheidungsverfahren vorgesehenen starren Abfindungsstufen tritt die billige Ermessen der Nachlassbehörde, die sich innerhalb eines bestimmten Rahmens, gestützt auf die Vorschläge der SHTG., frei bewegen kann, und zwar so, dass der dem Gläubiger zugemutete Nachlass mindestens gleich viel, höchstens aber doppelt so viel oder — bei sofortiger Pauschalzahlung — höchstens viermal so viel betragen soll wie die zu leistende Abfindung.

Die Verordnung steht grundsätzlich auf dem Boden, dass der Abfindungsbetrag von dem Schuldner aufzubringen ist, sei es aus eigenen Mitteln, sei es aus Zuschüssen oder Darlehen von privater Seite, sei es aus Vorschüssen der öffentlichen Hand durch das Organ der SHTG. Die Erfahrung bei freiwilligen Sanierungen zeigt, dass es in manchen Fällen durch zweckentsprechende Kombinationen möglich sein wird, verschiedene Geldquellen zusammenzufassen.

Aus unseren Untersuchungen ergibt sich, dass ungedeckte Pfandkapital im Mittel etwa 2500 bis 3000 Franken pro Bett oder, auf die voraussichtlich in Frage kommenden 50,000 Betten berechnet, 125 bis 150 Millionen Franken betragen dürfte. Gedeckt wären somit Kapitalien in Höhe von 200 bis 225 Millionen Franken, auf der Basis einer verbleibenden Verschuldung von 400 bis 450 Franken pro Bett. Um die ungedeckten Pfandkapitalien in der erwähnten Höhe durch sofortige Pauschalabfindungen gemäss den Bestimmungen des Entwurfes zu tilgen, bedürfte es, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen bei freiwilligen Arrangements, eines Kapitalaufwandes von ungefähr 30 bis 40 Millionen Franken.

Wenn von der Annahme ausgegangen wird, dass durchschnittlich etwa 25% des erforderlichen Aufwandes ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Hand beschaffen können, so hätte die SHTG. aller Voraussicht nach im ganzen 25 bis 30 Millionen Franken nötig, um die Aufgabe der Entschuldung erfüllen zu können. Da wahrscheinlich mit einer fünfjährigen Dauer der neuen Sanierungsarbeit gerechnet werden muss, wären also unserem Institut seitens des Bundes jährliche Zuschüsse von 5 bis 6 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Was die Art dieser Aufwendungen angeht, so ist nicht ausser acht zu lassen, dass die vorgesehenen Pauschalabfindungen durchwegs in die Form von Darlehen gekleidet werden, deren pfandrechtliche Sicherstellung in der Regel unmittelbar anschliessend an die gedeckten Kapitalien, d. h. an die durch die bewerkstelligte Abbauarbeiten freigesetzte Pauschalabfindungen erfolgt. Diese Darlehen werden gemäss den Bestimmungen des Entwurfes, in Anlehnung an die bisherige Praxis unseres Instituts, je

nach den Betriebsergebnissen zu verzinsen und innerhalb eines Zeitraumes von fünfzehn bis zwanzig Jahren zu amortisieren sein.

Die Bewilligung einer Abfindung ungedeckter Pfandkapitalforderungen durch die Nachlassbehörde hat selbstverständlich zur Voraussetzung, dass der Hotelbetreiber nachweisbar ohne eigenes Verschulden infolge der Wirtschaftskrise ausserstande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen, dass er als hilfswürdig befunden wird, dass er sich ohne Erfolg um eine gütliche Verständigung mit seinen Gläubigern bemüht hat und dass sein Betrieb als normalerweise lebensfähig erscheint. Überdies hat der Schuldner die Verpflichtung zu übernehmen, bis zur vollständigen Erfüllung aller Verbindlichkeiten aus der Kapitalabfindung der Kontrolle der SHTG. sich zu unterstellen, sofern nicht alle Pfandgläubiger ihn ausdrücklich davon entbinden. Diese Kontrolle schliesst das Recht der SHTG. in sich, dem Betriebsinhaber verbindliche Weisungen über die Buch- und Geschäftsführung zu erteilen und auch die Preisgestaltung zu überwachen. Wenn dem Schuldner für die Übergangszeit auch noch eine vom Betriebsergebnis abhängige Verzinsung für einen Teil oder für die Gesamtheit der Kapitalien bewilligt wird, so hat unser Institut ausserdem die für den Unterhalt der Immobilien und Mobilien sowie für die Entschädigung aus der Führung des Betriebes zulässigen Beträge massgebend festzustellen.

An der Aufstellung dieser notwendigen Kautelen gegen einen Missbrauch der gewährten Erleichterungen und Vergünstigungen haben nicht nur die beteiligten Gläubigerkreise ein Interesse. Auch dem Hotelgewerbe kann es keineswegs gleichgültig sein, ob die sanierten Betriebe von der gewährten Rechts- und Finanzhilfe einen guten Gebrauch machen oder nicht.

Hotelerneuerung

Bei der Ausarbeitung der Verordnung musste es unser Bestreben sein, eine Lösung zu finden, die es ermöglichen würde, den dringendsten, unaufschiebbar gewordenen Erneuerungswunsch der Hotelbetreiber auf freier Basis in ihrer Unterhalts- und Renovationsausgaben zwangsläufig behinderten oder doch stark eingeschränkten Unternehmen zu decken zu können. Es geschah dies durch einen Ausbau der Bestimmungen über die Vorschüsse gegen gesetzliches Vorgesangsrecht, wie sie schon bisher für die Abfindung von Zinsen und Steuern und insbesondere zur Aufrechterhaltung des Betriebs und der Betriebsbereitschaft bewilligt werden konnten. Die Möglichkeit der Gewährung von vorgangs-freien Darlehen dieser Art wird nunmehr auf solche Kredite ausgedehnt, die dazu dienen, über den ordentlichen Unterhalt hinausgehende Erneuerungen vorzunehmen, ohne welche die in Frage kommenden Betriebe die dringende wirtschaftlich betrieblichen werden können und die den Wert des Pfandobjektes verbessern. Die in Aussicht genommene Meliorationsdarlehen, die eine nicht unerhebliche Mehrbelastung mit sich bringen, lassen sich aber nur dann rechtfertigen, wenn andererseits dort, wo sich dies als nötig erweist, ein gleichzeitiger Abbau der Überschuldung Platz greift.

Bei den als nötig erachteten Erneuerungen handelt es sich in der Hauptsache um Verbesserungen des baulichen Zustandes, um die Wiederinstandsetzung der Innenausstattung und insbesondere des Mobiliars im Sinne einer Anpassung an die heutigen Bedürfnisse, ferner um die Modernisierung der technischen Anlagen zwecks Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse. Nach unserer Schätzung dürfte für unterstützungswürdige Unternehmen mit insgesamt höchstens 70,000 Gastbetten kaum die Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Renovations auf normalem Wege zu finanzieren. Der Erneuerungbedarf kann bei sparsamer und geschickter Durchführung der erforderlichen Arbeiten und Anschaffungen auf durchschnittlich 1000 Franken pro Bett veranschlagt werden. Dies macht zusammen rund 70 Millionen Franken aus, wovon vermutlich etwa 50%, d. h. 35 Millionen Franken durch Inanspruchnahme der vorgesehenen gesetzlichen Meliorationshypothek gedeckt würden, während die restliche Hälfte aus anderen Quellen geschöpft werden müsste, wobei in erster Linie an Arbeitsbeschäftigungszuschüssen, an Zuschüssen von privater Seite und an Leistungen aus eigenen Mitteln, herrührend sei es von Betriebsüberschüssen, sei es aus der Verwertung entbehlicherer Aktiven, zu denken ist. Auf der Grundlage dieser Annahme ergibt sich, verteilt auf fünf Jahre, ein jährlicher Bedarf an Meliorationsdarlehen der SHTG. von ungefähr 7 Millionen Franken.

Es muss hervorgehoben werden, dass diese Erneuerungskredite dank des gesetzlichen Vorgesangsrechts ein kapitalmässig riskantes Anlage darstellen. Die Rückzahlung hätte innerhalb einer Frist von höchstens fünfzehn Jahren zu erfolgen. Die Verzinsung jedoch würde individuell gestaltet. Das vom Bund für die Hotellerie zu bringende Opfer ließe somit hinsichtlich der Erneuerungskredite auf mehr oder weniger erhebliche Zinseinsparungen beschränkt.

Herabsetzung des Zinsfußes auf Kapitalforderungen

Während den Beratungen über die Verordnung ist von den Vertretern der Hotellerie wiederholt und mit Nachdruck betont worden, es er-

scheine unbillig und unzweckmässig, dass nur denjenigen Unternehmungen geholfen werden soll, die sich bereits im Stadium der Insolvenz befinden, währenddem andere Betriebe, die ihre letzten Reserven aufzehrten, um die oft noch ausnahmsweise hohen Zinssprüche ihrer Gläubiger voll befriedigen zu können, eine Erleichterung nicht oder aber erst dann erhalten, wenn sie, aller Mittel entblösst, sich ebenfalls als sanierungsreif erklären müssen. Es trifft in der Tat zu, dass noch recht oft Zinsen zu 4, 5 und mehr Prozent sogar für erstrangige Hotelpfandkapitalien verlangt werden. Dazu kommt, dass in einzelnen Kantonen auch die Steuern von unter der Krise leidenden Hotels immer noch nach den früheren, unverhältnismässig hohen Ansätzen be-zogen werden. Diesen Unternehmungen will nun die Verordnung, da eine Intervention des Bundes zur Herabsetzung der Steuern sich aus konstitutionellen Gründen verbietet, wenigstens dadurch entgegenkommen, dass sie durch Verfügung der Nachlassbehörde eine Reduktion der Zinssätze auf 3 1/2% vorseht, wenn der Nachweis gebracht wird, dass die Betriebsmaßnahmen nach Abzug der notwendigen Unterhaltsaufwendungen nicht mehr zur Vollzahlung der vertraglichen Zinsen ausreichen und allfällig noch vorhandene Mittel notwendig sind, um den Betrieb und den Zinsendienst bis Ende 1946 aufrechtzuerhalten. Das erforderliche Korrelat dazu ist die von der Verordnung verlangte Sicherstellung dieser noch verfügbaren Mittel zu den bestimmten Form. Damit ist einem besonderen Wunsche der Hotellerie im Rahmen des Möglichen entsprochen worden.

Schweizerische Gewerbetagung

Die stark besuchte Delegiertenversammlung der schweizerischen Gewerbetagung in Herisau, die unter dem Vorsitz von Nationalratspräsident Dr. Gysler einen sehr flotten Verlauf nahm, hörte nach speditiver Erledigung der Verbandsgeschäfte eine Reihe wertvoller Referate, die viel zur Abklärung wichtiger Gegenstände beitragen. Wir können hier nur auf einige wenige Gedanken eingehen, die von ganz allgemeinem Interesse sind. Festgehalten zu werden verdient die kraftvoll bekundete Absicht, mit aller Energie zugunsten des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb einzutreten, von welchem der anwesende Bundespräsident Stampfli selbst erklärte, dass es nur denen schade, die mit un-erlaubten Mitteln und auf Kosten der übrigen Wirtschaft persönliche Vorteile zu erzielen hoffen. Für jeden aber, der für fair play im Wirtschaftsleben eintrete, sei es selbstverständliches Anliegen, dem Gesetz zur Annahme zu verhelfen.

In einer wissenschaftlich untermauerten Studie untersuchte Prof. Amonn (Bern) die Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten und stellte dabei fest, dass es sich um ein eigentliches Kampfbild mit gegenseitlichen Interessen handle, um so meher als niemand, der im Erwerb stehen, ausschliesslich das eine oder das andere sei. Weil für die meisten Käufer eine Qualitätsbeurteilung der Waren zum voraus nicht möglich ist oder schwer fällt, so stellen sie beim Einkauf in erster Linie auf den Preis als Massstab ab. Richtet sich das Augenmerk auf den Preis, so ist dieses Kriterium, so ergibt sich ein einseitiger preislicher Wettbewerb, anstatt der Leistungskonkurrenz, die Richtschnur der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik sein soll. Geht alles nur auf die Hochhaltung der Preise aus, so gereicht dies sämtlichen Partnern zum Schaden, weil der Produzent weniger erkennen kann, indem die Kaufkraft des Konsumenten abnimmt, während sich der Verbraucher nicht im normalen Ausmasse entdecken können. Die Folge für die Gesamtheit ist eine teilweise Lahmung der Produktivität. Hohe Preise locken auch viele neue Elemente an, so dass bestimmte Berufe oder Produktions-zweige überfüllt werden und daraus eine Überproduktion entsteht, welche zum Preiszerfall führt. Derjenige Preis ist der günstigste, der Nachfrage und Angebot im Gleichgewicht hält und deshalb als Gleichgewichtspreis bezeichnet wird. Jede Abweichung hiervon führt zu einem nachteiligen Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Die Forderung, die der Produzent an diesen Preis stellen darf, ist die, dass seine Produktionskosten deckt. Die Interessen des Konsumenten sind demnach dann am besten gewahrt, wenn der Preis noch die Kosten derjenigen Betriebe deckt, die zwar unter den ungünstigsten Bedingungen produzieren müssen, deren Produktion aber noch zur Befriedigung des Bedarfes notwendig ist. Mit Angeboten unter den Selbstkosten ist auch dem Konsumenten nicht gedient, weil solche ja nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden können und nur den Markt derotieren. Man kann also in mancher Hinsicht von einer Harmonie der Interessen zwischen Konsument und Produzent sprechen, sofern man diese Interessen richtig versteht. Weder eine ausgesprochene Produzent- noch eine einseitige Konsumentenpolitik wäre zweckmässig oder zurüchlich. Beiden Gruppen muss in gleicher Weise Rechnung getragen werden.

In seiner programmatischen Darlegung der gewerblichen Ziele, die der Verbandspräsident Dr. Gysler unter dem Motto „Fällige Entscheidungen“ stellte, erklärte er, dass die Kriegskonjunktur bereits ihren Zenith überschritten hat und sich immer deutlicher eine Nachkriegskrisenzentriert ankündigt, die ihre ersten Auswirkungen bereits verursacht. Das Gewerbe muss auf diese kritischen Ausläufer des Krieges gewappnet sein und seine Selbsthilfe so vorbereitet haben, dass man nicht alles vom Staate zu erwarten braucht. Eine unbegrenzte Intervention des Staates ist nicht von gutem, denn das Gewerbe kann nur in einem vorwiegend privatwirtschaftlich orientierten Staat gedeihen. Schon heute machen sich die Auswirkungen der gebundenen Wirtschaft nachteilig fühlbar, und in zahlreichen Gewerbegruppen auf vier produktive Kräfte eine Kraft entfällt, die sich ausschliesslich mit der Bewältigung der behördlich verlangten Formalitäten, Statistiken usw. befasst. Die Selbsthilfe darf aber auch nicht in dem Sinne falsch verstanden werden, dass man Vorbilder einfach geistlos kopiert. Wenn man z. B. Einkaufsgenossenschaften für bestimmte Gewerbe-zweige als sehr vorteilhaft erwiesen haben, so bedeutet das noch nicht, dass nun jede andere

Mitgliederbewegung — Mouvement des membres

Neuanmeldungen Demandes d'admission	Betten Lits
M. Georges Meyer, Hôtel Royal, Crans s/Sierre	55
Hr. Jacob Menn, Privathotel Cecil, Flims-Waldhaus	30
Hr. Karl Frei, Hotel Aurora, Lugano	36
Hr. Albert Alzenberger, Hotel Jura, Mariastein	30

Gruppe ihrer Schwierigkeiten dadurch bewältigen kann, dass auch sie solche Genossenschaften gründet. Die angestrebten Lösungen müssen stets dem Wesen des in Frage kommenden Wirtschaftszweiges entsprechen. Eine nachhaltige und aktive Selbsthilfe lässt sich nur betreiben, wenn sie die grosse Mehrzahl der Berufsgenossenschaftlichen erfasst, was zur Voraussetzung hat, dass wenigstens 80 Prozent verbandsmässig zusammengeschlossen sind. Wo diese Forderung nicht erfüllt ist, da muss ohne Verzug der Hebel eingesetzt und Umdreh geschaffen werden. Die entscheidenden Impulse müssen von innen heraus, nicht von oben herab kommen! Alle Selbsthilfe liebt aber nur Stückwerk, wenn ihr der Staat nicht durch geeignete gesetzliche Massnahmen den nötigen Rückhalt verleiht und für deren Nachhaltigkeit sorgt. Das Gewerbe will nicht etwa Ausschaltung des Risikos durch Schutz der Mittelunsicherheit. Echtes Unternehmertum setzt normale Risiken voraus. Aber diese dürfen nicht durch Pfluschertum oder unlautere Machenschaften übersteigert werden. Daher die Forderung nach einem Gesetz gegen die illoyale Konkurrenz und das Begehren nach dem obligatorischen Fähigkeitsausweis. Die darin reflektierenden Ertrüchtigungsbestrebungen zur Hebung der fachlichen und kaufmännischen Eignung liegen im Allgemeininteresse, weil die Überfüllung der Berufe nur preisverteuernd wirkt.

In sozialer Hinsicht sind wichtigste Vorlagen im Werke. In der Frage der Sicherung des Alters für Arbeitgeber und -nehmer im Gewerbe hofft der Verband in absehbarer Zeit einen positiven Vorschlag unterbreiten zu können, ohne sich deswegen etwa am grossen eigenössischen Projekt der Alters- und Hinterbliebenenversicherung zu desinteressieren. Dort bringt er allerdings angespannt werden müssen, bevor man den Staat zur Umwandlung der Lohnausgleichskassen in Versicherungskassen zugunsten des Alters an. Für die engere Zusammenarbeit mit den übrigen wirtschaftlichen Spitzenorganisationen bringt der Gewerbeverband einen ehrlichen Verständigungswillen zur Schaffung einer soliden Vertrauensbasis mit. Abschliessend ruf der Verbandsvorsitzende zu den Mitgliedern auf, sich zu beteiligen, aussicht sowohl in den Betrieben, als in den gewerblichen Organisationen auf. Nur so und bei Zielsetzung auf weite Sicht vermögen wir bei der Gestaltung des künftigen Schicksals der Gewerbetätigkeit aktiv und mitbestimmend zu wirken.

Herr Bundespräsident Stampfli ist seinerseits der Auffassung, dass überall zuerst die Anstrengungen der Privaten bis auf Ausserste angepannt werden müssen, bevor man den Staat zu Hilfe ruft. Mit den Gegebenen des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb geht er scharf ins Gericht und wirft ihnen vor, dass sie den Kampf gegen die Vorlage unter falscher Flagge führen. Es ist eine Unwahrheit, wenn man behauptet, das Gesetz schränke die Handels- und Gewerbefreiheit ein. Auch hat es nichts mit dem Wirtschaftsartikel zu tun. Dagegen handelt es sich hier um eine Kraftprobe für die Abstimmung über die Wirtschaftsartikel, indem eine Verwerfung des Gesetzes der Opposition gegen die Wirtschaftsartikel mächtigen Auftrieb geben würde.

Weder der Gewerbeverband, noch eine andere Wirtschaftsgruppe kann für sich allein ein Leben quasi im luftleeren Raum führen. Alle sind aufeinander angewiesen. Der Gedanke an die Volksgemeinschaft ist oberstes Gebot. Es erhält vermehrte Bedeutung in Zeiten erhöhter Gefahr, wie sie unser Land neuerdings angetreten hat. Dem vermehrten Druck, dem die neutralen Staaten ausgesetzt werden, konnte sich die Schweiz nicht entziehen. Wenn wir unsere lebenswichtigsten Zufuhren sicherstellen wollen, so gilt es, uns mit beiden Seiten zu verständigen. Je grösser der Druck von der einen Seite einsetzt, um so schwieriger wird die Verständigung mit der anderen. Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, ihren Export vor allem auf dem Gebiete der Maschinen- und Metallindustrie einzuschränken, was vermehrte Arbeitslosigkeit nach sich zieht, der wir u. a. mit dem eigenössischen Arbeitsbeschaffungsprogramm entgegen wollen. Aber selbst wenn die Waffen zur Ruhe kommen, sind unsere Schwierigkeiten noch nicht überwunden. Sie setzen dann erst recht ein, denn der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft geht nicht ohne gewaltige wirtschaftliche Spannungen ab. Immerhin besteht für uns begründete Aussicht, mit einem intakten Produktionsapparat in die nachmalige Friedenszeit einzutreten. Auch wenn wir dann an Volksvermögen und Volkseinkommen geschwächt sein werden, so müssen wir uns immer noch als überaus reich schätzen, wenn es gelingt, unser Land frei und unabhängig zu erhalten, so wie wir es von den Vorfahren übernommen haben.

Zu den Ergänzungswahlen in die Gewerbeversammlung (den früheren Vorstand des Verbandes) ist noch zu sagen, dass der Gruppe Gastgewerbe und Verkehr ein weiterer Sitz zukam, so dass den beiden bisherigen Vertretern des Gastgewerbes, wovon ein Delegierter des SHV, ein dritter Mandant beigeiselt wurde. Die Wahl fiel auf Nationalrat Burgdorfer als Repräsentant des Autogewerbes.

HOTELIERS!

Empfehet das offizielle Fachorgan allen Lieferanten. Es liegt dies in beidseitigem Interesse!

Kriegswirtschaftliche Orientierung

Die Gruppe Hauswirtschaft des Kriegs-Ernährungs-Amtes teilt mit:

Abgabe von Brot zu la carte-Speisen

Es besteht mancherorts noch Unklarheit darüber, ob der Wirt verpflichtet sei, zum Menü und den la carte-Speisen Brot abzugeben. Gleichgültig, ob das Brot im Preise der Mahlzeit begriffen ist oder nicht, dürfen, sofern die Brotmenge nicht wesentlich mehr als 50 g beträgt, dafür keine zusätzlichen Mahlzeiten- oder Brotcoupons verlangt werden. Ziffer 28 der Richtlinien des Eidgenössischen Kriegs-Ernährungs-Amtes zur Verfügung Nr. 102 bestimmt nämlich ausdrücklich, dass für Menüs, in Begriffen 50 g Brot, höchstens 2 Mahlzeitencoupons gefordert werden dürfen. Die gleiche Regelung gilt auch für die la carte-Speisen. Wie alle anderen Bestimmungen der Verfügung Nr. 102 und der dazugehörigen Richtlinien hat auch diese bindenden Charakter; so musste kürzlich der Inhaber eines Restaurants bestraft werden, weil er für die Abgabe von 50 g Brot zu la carte-Speisen zusätzlich einen halben Mahlzeitencoupon verlangt hatte.

Rationierungsausweise für militärdienstpflichtige Angestellte

Auf den persönlichen Lebensmittelkarten wurde in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bezüger verpflichtet seien, unaufgefordert Dienstleistungen des laufenden und soweit bekannt auch solche des nächsten Monats ihren Gemeinderationsstellen mitzuteilen. Das gleiche gilt — den Verhältnissen entsprechend — natürlich auch für die Betriebsangehörigen einer kollektiven Haushaltung. Werden die Karten gemeinsam von der Leitung bezogen, so muss auch diese die Militärdienstleistungen der Angestellten bekannt geben. Kürzlich musste der Inhaber eines grösseren Betriebes gebüsst werden, weil er widerrechtlich 7 halbe Lebensmittelkarten und 7 Zusatzkarten für Angestellte, die im Dienste waren, bezogen hatte. Bei dieser Gelegenheit möchten wir wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass der Angestellte während des Militärdienstes Anspruch auf seine sämtlichen ihm zugeteilten Rationierungskarten hat. Hat der Angestellte dem Betriebsinhaber seine ganze Einmachzuckerkarte abgegeben, so hat er für einen vollen Dienstmonat Anspruch auf die entsprechenden Einmachzuckercoupons. Er ist verpflichtet, der Haushaltung, die ihn z. B. während eines Urlaubes verpflegt, die entsprechenden Coupons abzugeben; die übrigen Rationierungsausweise gehören ihm.

Es fehlten 3 Millionen Fleischpunkte

Auch jene Gaststätten, die mit einem Metzgereibetrieb verbunden sind, müssen sich genau an die Vorschriften betreffend Fleischrationierung und fleischlose Tage halten. Die Kontrolle bei einem solchen Gastwirt ergab, dass in seiner Metzgerei 3 Millionen Fleischpunkte fehlten; der Beschuldigte selbst konnte sich die Differenz nicht anders erklären, als dass die Fleischportionen im Restaurant bedeutend grösser waren,

als es den Zuteilungen für Fleisch auf den abgeteilten Mahlzeitencoupons entsprochen hätte. Der Richter stellte fest, dass der Gastwirt dadurch eine schwere Widerhandlung gegen die kriegswirtschaftlichen Vorschriften begangen hat, die in ihrer Wirkung auf die allgemeine Landesversorgung einem Schwarzverkauf von 3000 kg Fleisch gleich kommt. Er hat sich bewusst über die Sparschrift der Verfügung Nr. 102 hinweggesetzt, um einen Vorteil gegenüber den anderen Wirten, die das Fleisch nicht aus eigener Metzgerei beziehen können, zu erlangen. Dementsprechend fiel denn auch die Busse recht hoch aus.

Fettsparende Fischrezepte

Gute Fischrezepte, die wenig Fett benötigen, enthält das Merkblatt Nr. 6 „Fische können auch mit wenig Fett zubereitet werden“ der Gruppe Hauswirtschaft des Aufklärungsdienstes der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft, Bern 3, das zu 15 Rp. pro Stück bei dieser Stelle erhältlich ist.

- In Rot- oder Weisswein gedämpfte Fische. Fischfilets oder grössere ganze Fische schmecken vorzüglich, wenn sie mit Zwiebeln, Echalotten, eventuell Lauch und Gewürzkräutern in Rot- oder Weisswein gedämpft werden. Eine Fetttzugabe ist überflüssig.
- Fischpfeffer. Hiefür eignen sich hauptsächlich Meerfische. Die entgräteten Fische in Ragoutstücke schneiden und mit Zwiebeln und Lauch im Rotwein weichkochen. Kurz vor dem Anrichten die Brühe mit geröstetem Mehl binden und abschmecken, anrichten.
- Fische im Ofen backen. Um das fett-schluckende Braten in der Omelettepfanne zu vermeiden, können die Fische mit Öl überpinselt im Ofen auf dem eingetretten Blech knusprig gebacken werden. Vor dem Servieren werden die Fische mit wenig flüssig gemachter Butter oder mit Öl nochmals überpinselt und mit Zitronenschitzen oder mit pikantem Sauce serviert. Auf diese Weise können auch grätereiche Fische vorteilhaft verwendet werden.
- Marinierte Fische für Hors-d'oeuvre. (Empfehlenswertes Rezept für grätereiche Fische.) Die ausgenommenen, eventuell filierten, jedoch nicht entgräteten Fische werden auf einer Schaumkelle kurz durch das siedende Wasser gezogen, gesalzen, schichtweise in einen irdenen Topf gelegt und mit einer aus folgenden Zutaten gekochten und erkalteten Marinade übergossen: 1 Liter Weissig, 3–4 Zwiebeln in Ringe geschnitten, einige Blätter Estragon, eventuell andere Kräuter und Gewürze, 1 Esslöffel Zucker.

Diese Marinade wird vor ihrer Benützung gekocht und um etwa einen Drittel eingedunstet. Die Fische müssen mit der Marinade gut zugeht sein und daraufhin mindestens drei Wochen an die Kühle gestellt werden. Sie lassen sich kühl aufbewahrt während mehreren Monaten auf Vorrat legen. Der Essig muss die Fische jedoch stets zudecken. Die feinen Fischgräte werden in der Marinade aufgelöst.

Ein oder vier Menüs?

Ein Gastwirt hatte folgendes Menü angeboten:

- Suppe
 - Fisch (nach Wahl Egli, Felchen oder Hecht)
 - Kartoffeln
 - Salat
- Fr. 4.20; mit Forellen blau Fr. 6.—

Der Einzelrichter einer strafrechtlichen Kommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes führte dazu aus: „Wenn der Beschuldigte am gleichen Tage den Gästen sowohl Egli, Felchen, Hechte und Forellen offeriert, hat er damit 4 Menüs angeboten und somit den Art. 3, lit. a der Verfügung Nr. 102 verletzt; es spielt keine Rolle, dass ‚Suppe, Kartoffeln, Salat‘ gleich bleiben, denn das Fischgericht ist gerade der wichtigste Bestandteil des Menüs. Wenn daher dieser Bestandteil ändert, liegt mehr als ein Menü vor.“

Es wird oft geltend gemacht, diese verschiedenen Fischsorten (ähnlich verhält es sich übrigens auch mit dem Wildbret) seien nie gleichzeitig vorhanden; je nach Versorgungslage und Vorrat werde die eine oder andere serviert. Das muss aber aus der Speisekarte deutlich hervorgehen. Ist im Zeitpunkt des Druckes noch nicht bekannt, welche Fisch- oder Wildbretsorten angeboten werden können, so dürfen die betreffenden Fischsorten jeweils auf einer kleinen Zusatzkarte zur Hauptspeisekarte bekanntgegeben werden; selbstverständlich ist es auch in diesem Falle nicht gestattet, mehr als drei Menüs und mehr als neun à la carte-Speisen anzubieten.

Ein krasser Fall

Ein Bäcker, der zugleich Gastwirt und Bauer ist, war bereits dreimal wegen Verkauf von frischem Brot bestraft worden, wobei das letzte Urteil auf eine Geldbusse von Fr. 700.— lautete. Das hielt ihn aber nicht davon ab, sich wieder über die Vorschriften hinwegzusetzen; er führte während mehrerer Tage keine Backkontrolle und fälschte sie in der übrigen Zeit. Ausserdem konnte nachgewiesen werden, dass er Backwaren und Milchkafee ohne Rationierungsausweise an Militärsoldaten abgab, auch stellte er wiederholt Schlagrahm her und servierte ihn. Das Urteil lautete auf 8 Tage Gefängnis (bedingt ausgesprochen mit einer Probezeit von 3 Jahren), auf Fr. 250.— Busse zu den früheren Geldstrafen, die ihm bereits auferlegt worden waren. Ferner wurden ihm die Verfahrens- und Rekurskosten von Fr. 250.— auferlegt. Das Urteil wurde im Kantonsamtsblatt und in der Bäcker- und Konditor-Zeitung veröffentlicht und im eidgenössischen Strafregister eingetragen. Die strafrechtliche Rekurskommission bestätigte das Urteil in allen Punkten. Der Präsident der Rekurskommission führte in der Begründung des Urteils aus, dass im Strafmass nicht nur die volkswirtschaftliche Tragweite der begangenen Widerhandlungen berücksichtigt werden müsse, sondern die Strafe habe sich, um vorbeugend zu wirken, auch nach der Gesinnung des Täters zu richten, die in den Verfehlungen zum Ausdruck komme. Dessen Einstellung sei in diesem Fall so uneinsichtig und asozial, dass eine strenge Strafe berechtigt sei. Die Gefängnisstrafe sei nur mit Rücksicht auf den schlechten Gesundheitszustand des Beklagten als „bedingt“ ausgesprochen worden.

Aus der Bundesversammlung

Verkehr und Touristik kamen in der laufenden Session nur ganz vereinzelt zur Sprache. Besonders diese beiden Gebiete schlagenden Angelegenheiten lagen auch nicht vor. Die Aussprache schweifte für kurze Zeit auf diese Themen ab, als der Geschäftsbericht des Bundesrates zur Diskussion stand. Bei der Behandlung des Abschnittes über das Post- und Eisenbahndepartement kam die Rede auf die Reisekasse und die Zentrale für Verkehrsförderung. Nationalrat Bratschi hatte seinerzeit ein Postulat eingereicht, das eine finanzielle Unterstützung des Bundes für diese Institution anbegehrt. Ein Fraktionskollege erkundigte sich nach dem Schicksal dieses Postulates und glaubte gleichzeitig der Zentrale für Verkehrsförderung einen kleinen Seitenhieb versetzen zu müssen, den Nationalrat Dr. Meili prompt parierte, indem er feststellte, dass sich beide Organisationen gar nicht miteinander vergleichen lassen. Der Reisekasse komme ausschliesslich die Aufgabe zu, die Ferienmöglichkeiten für weniger bemittelte Klassen zu fördern, während die Auslandspropaganda und die Bemühungen um die allgemeine Verkehrsförderung Sache der SZV seien.

Herr Bundesrat Celio gab bekannt, dass eine direkte Subventionierung der Reisekasse nicht in Frage komme. Dagegen werde die Zentrale für Verkehrsförderung veranlasst, ihre bisherige Subvention an die Reisekasse von Fr. 25 000 auf den doppelten Betrag zu erhöhen, wobei die Möglichkeit offen bleibe, später noch einmal nachzudoppeln. Damit dürften die Freunde der Reisekasse befriedigt sein.

Beim Kapitel „Arbeitsbeschaffung“ gibt der Referent die Auffassung der Kommission in Sachen Schiessplatzriederalp bekannt, die dahin geht, dass nichts ohne vorherige Prüfung mit der Kommission und den beteiligten Kantonen vorgekehrt werden soll. Er verweist auch auf die schweren Bedenken, die von den Kantonen Bern und Wallis zu diesem Projekt geäußert werden. Herr Bundesrat Kobelt gibt die Versicherung ab, dass über die Wahl dieses Schiessplatzes sich nichts endgültig festgelegt worden ist und dass vor der Beschlussfassung nochmals mit der Vollmachtenkommission und den beiden Kantonen beraten wird.

Was nun die Vorlage der SHTG über die erweiterten rechtlichen Schutzmassnahmen für die Hotellerie anbetrifft, die uns ja am meisten interessiert, so scheint sie doch noch im Laufe dieses Monats unter Dach gebracht werden zu können. Der Bundesrat hat zu Beginn der Woche den Räten den Entwurf zur Verordnung unterbreitet, damit das Parlament den Entscheid über das formelle Vorgehen treffen kann, über das sich die beiden Vollmachtenkommissionen nicht zu einigen vermochten. Nachdem eine Reihe sachlich triftiger Gründe für den Erlass eines Vollmachtenbeschlusses durch den Bundesrat sprechen und das Parlament in anderen Fragen die oberste Landesbehörde selbst zur Beschränkung dieses Weges aufgefordert hat, so wäre es wirklich unverständlich, warum man gerade der notleidenden Hotellerie die Möglichkeit einer sofortigen Rechtshilfe vorenthalten wollte, nur weil sich einzelne Kron-

Zu Ihren Feuchtdesserts

passt nichts so gut wie die sahnige, dressierfähige

BONBONS-PEC-Schlagcrème

Sie können diese als blosse Beigabe oder zum Dekorieren verwenden; immer wird aber ein kleines Quantum Bonbons-PEC-Schlagcrème auch das einfache Dessert zur feinen und gutpräsentierenden Nachspeise gestalten.

Bonbons-PEC wird Ihnen in der kommenden Frühzeit grosse Vorteile bieten. Wagen Sie einen Versuch! Auf Wunsch schicken wir Ihnen gerne unsern Fachberater.

Dr. A. WANDER A.G., BERN
Telephon 217 33



Generaldepôt für die Schweiz:
JEAN HAECKY IMPORT A.G., BASEL

FÜR IHRE GÄSTE

Auftritt-Programm versch. Nummern sowie Piano-Gesang von ausgebildeter

SÄNGERIN

Konditionen nach Übereinkunft. Schreiben unter Chiffre K 9233 L. an Publicitas Lausanne.

Offiziere zu Tagespreisen:
Kohl
Kabis
Kohlraaben

ferner Gemüseselzlinge:
Sellerie, Lauch, Kohl, spitz, Langensack, Pommikant, Cressonier, Rosenkohl, Rotkabis

ferner:
schöne Salvia, Agerblumen, Lobelien, Löwenmäulchen, Zinnia, Petunia, Berlin, Balkon, rot, grossblumig, Veisena, rot.

Emil Spengler, Lenzburg
Handelsgärtner, Tel. 8 14 13



Er weiss es,
das Tüpfchen auf dem I fehlt noch...
aber mit

TEXON-Würze

erzielt der erfahrene Meister höchste Geschmacksvollendung seiner Speisen. Beziehen Sie Texon-Würze in den vorliegenden Korbfässchen.

Haco-Gesellschaft A.G., Gümliigen b. Bern

GITZI zu halben Punkten

an Stelle der teuren oder fast nicht erhältlichen POULETS. Unsere feinen GITZI sind im Gewicht von 5–6 kg oder 7–8 kg. Preis Fr. 7.50 per Kilo bei Abnahme von 1–2 Stück. Grössere Posten entsprechend billiger. Bezüge ab Fr. 40.— erfolgen frachtfrei Talbahnstation.

Julius
Bachmann
G. m. b. H. LUZERN
Grossmetzgerei Telephon 22801

Für den Waschttag:

Kellers **AKO-Bleichwaschmittel** m. Sauerstoff
Kellers **Seifenfloeken** waschen und schäumen wendervoll
Kellers **Oelkernseife** sparsam und gut
Kellers **Bleichsoda** zum Einweichen, Kochen und Spülen

KELLER & CIE, KONOLFINGEN
Chemische und Seifenfabrik Stalden

La Tessinerwein „NOSTRANO“

zu Fr. 1.55 pro Liter (ab Station Locarno) und TESSINER LANDWEIN amerikanische Veredlung zu Fr. 1.35 pro Liter, alles ab Station Locarno p. Nachnahme. Bestellungen nimmt entgegen

FRID. WALKER, VERTRETER, UNTER-LUNKHOFFEN (AARGAU)

10 Silberplatten

davon 7 Stück ovale Service-Platten und 3 längliche Fischplatten (ca. 80 cm). Auskunft bei Schmidengasse 18, Biel, Telephon 283 20.

Gesucht

für Sommerferien von Hotel im Toggenburg:

**Alleinkoch
Portier
Saallocher
Volgere
Inventarlin
Ingenieur
Officer-
Küchenmädchen**

Offerten unter Chiffre T. B. 2189 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Günstige Gelegenheit

In Lausanne krankheitshalber zu übergeben

Hotel-Pension

20 Betten, stets besetzt, prachtvolle zentrale Lage, Seeausblick und Garten (11 Jahre gleicher Besitzer). Besonders interessant für Etopas. Keine Zwischenhändler. Schreiben unter Chiffre K. 9483 L. an Publicitas Lausanne.

Gesucht

für erstklassiges Weinrestaurant in Basel

MIETER

Bedingung: Für Inventar-Übernahme Kaution 30 000 Fr., zahlbar bei Vertragsabschluss. Eintritt 1. Oktober 1944. Offerten unter Chiffre D. R. 2235 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Gesucht

für Kurhaus mit 150 Betten in Jahresstellen:

Zimmermädchen Küchenmädchen

Eintritt nach Übereinkunft. Offerten mit Zeugniskopien und Bild an Niederländisches Sanatorium in Davos.

Jeune Suisse

actif, 21 ans, avec diplôme de commerce, cherche place en qualité de

Secrétaire- Dolontaire

en Suisse romande. — Theodor Ruesegger, Fliederstrasse 9, Zurich 6, Téléphone 84211.

Gangbares Hotel

im Tessin von tüchtigen Fachleuten zu mieten eventuell zu kaufen gesucht.

Offerten unter Chiffre P. S. 2215 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Etablissement Thermal de la Suisse romande cherche pour entrée immédiate: une

Secrétaire - Maircourantière
de 1er ordre, avec bonne pratique

Gouvernante - Economat ou Aïdc-Gouvernante
une bonne

Cuisinière à café

Bons salaires. — Ecrire sous chiffre S. R. 2213 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

juristen mit dem Vollmachtenregime nicht länger befreunden wollen. Wir hoffen daher, in der nächsten Ausgabe Erfreuliches über den Bescheid der eidg. Räte berichten zu können.

Der Vollständigkeit halber sei noch ein Postulat Frei-Zürich erwähnt, das dem Bundesrat einläd, zu prüfen, wie unsere Kur- und Erholungsorte der gesundheitlichen Kräftigung und insbesondere der Krankheitsverhütung der breiten Schichten des milderbemittelten Schweizervolkes dienbar gemacht werden können. Der Bäderverband setzt sich bekanntlich sehr dafür ein, dass die Heilquellen dem ganzen Volke erschlossen, Wegen der geringeren weniger bemittelten Kreise steht bereits eine Reihe von Volkshelbädern zur Verfügung. Deren Ausbau und Vermehrung ist nur zu begrüßen. Wenn der Postulant allerdings einleitend bemerkt, dass das Amt für Verkehr eine Aktion zur baulichen Sanierung der Hotels in den Kurorten finanziere und dieser Aktion die Feststellung von Prof. Neergard gegenüberstellt, wonach die wirtschaftliche Notlage der Fremdenindustrie nur durch planmäßige Auswertung der Kurgöglichkeiten für die eigene Bevölkerung beseitigt werden könne, so wirft er Verschiedenes kurunturbunt durcheinander. Im übrigen ist bis jetzt nicht etwa die bauliche Sanierung der Hotels, sondern einzig und allein eine bauliche Inventarisierung ausgewählter Kur- und Fremdenorte vom Bunde finanziert worden. Die Hotellerie selbst hat aus diesen Vorkehren keinen Franken gezogen. Etwas mehr Präzision täte einzelnen Parlamentariern in ihren Ausführungen gut, womit nichts gegen den Grundgedanken des Postulates gesagt sei.

Aus den Verbänden

Schweizerischer Skischulverband

Am 2. Juni tagte im Hotel Schweizerhof in Bern unter dem Vorsitz von Herrn Hans Bon der Vorstand des Schweizerischen Skischulverbandes zur Beschlussfassung über die Geschäfte, welche der nächsten stattfindenden Generalversammlung vorzulegen sind. Von den Verhandlungen sei folgendes berichtet: Trotz aller Anstrengungen machen sich im Skilauf wiederum verschiedene Methoden bemerkbar. Speziell betrifft es bei der Einführung in den Skilauf das Gehen und die Schwünge, wo sich namentlich diverse Arten von Parallelschwüngen breitmachen. Der Schweizerische Skischulverband wird unter der technischen Leitung von Herrn Christian Rubi alles einsetzen, um eine möglichst einheitliche Skitechnik bei der Schulung zu erzielen. Eine Konferenz der verschiedenen Ansichtsvertreter ist vorgesehen. Eine ebenso schwierige Frage ist die der Unfallverhütung. Leider vermehren sich die Unfälle, speziell auch auf der Piste, in beängstigender Weise. Man führt sie auf die verschiedensten Faktoren zurück: weichen oder zu harten Schnee, die Pistensarerei zur Ausnützung der Bahnen und Skiflits, die Abonnemente, welche die gleiche Wirkung haben, dann namentlich das unvorsichtige Fahren der sogenannten Skikanonen, aber auch weniger erfahrener Skifahrer. Der Skischulverband wird in Verbindung mit den Kur- und Verkehrsvereinen alle Massnahmen prüfen,

die geeignet sind, die Skiunfälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Eine weitere Anregung, speziell unterstützt und erweitert durch Herrn H. Bon, ging dahin, dass man in den Kurorten den Fremdsprachigen, welche man zu vernachlässigen beginnt, in Zukunft bedeutend mehr Aufmerksamkeit zuwendet.

Die Rechnung des Skischulverbandes pro 1943/44 schliesst mit einem Aktivsaldo ab, doch ist angesichts der Bedeutung des Skischulwesens für unsere gesamte Winterhotellerie notwendig, dass es nach wie vor kräftig unterstützt und die bereits wieder vorgesehenen Kurse hierfür subventioniert werden.

M. R.

PAHO

Am 13. Juni tagte in Zürich unter dem Vorsitz von Herrn O. Stocker der Vorstand der Paho. Als Hauptgeschäft stand zur Behandlung die Sitzverlegung der Kasse nach Zürich. Die Kassenverwaltung führte zur Begründung an, dass ein grosser Teil der Arbeitnehmermitglieder im Kanton Zürich ihren Wohnsitz hat. Von den ca. 3000 Arbeitnehmern sind mehr als 1000 im Kanton Zürich sesshaft. Weitere Zugänge aus diesem Kanton sind zu erwarten, weil die kantonalen Behörden Gewicht darauf legen, dass die Angestellten des Gastgewerbes der Paho zugehörig sind. Das Zentrum der Geschäftstätigkeit der Paho verlagert sich also mehr und mehr nach Zürich. Speziell wünschten die Behörden angesichts des Umfangs der zürcherischen Beteiligung daselbst eine Filiale, so dass aus praktischen Gründen die Sitzverlegung der gesamten Kasse naheliegend war. Der Vorstand ist denn auch mit dieser Sitzverlegung einverstanden und sieht sie für den 1. Oktober 1944 vor.

Bei der gegenwärtigen Schwierigkeit einer Beschaffung von Büroräumlichkeiten bot sich der günstige Umstand, dass der Union Helvetia für ihre Filialeleitung in Zürich ein neues Gebäude daselbst zur Verfügung steht, wo die Paho unabhängig untergebracht werden kann. Eine Anzahl Büroräumlichkeiten sind dort für die Paho zu einem sehr billigen Preis erhältlich. Er steht ganz Zürich. Speziell wünschten die Behörden für andere Räumlichkeiten in Zürich. Die Leitung der Union Helvetia gab überdies die ausdrückliche Erklärung ab, dass im Falle der Einmietung der Paho in ihrem Gebäude die einwandfreie paritätische Ordnung der Kasse in keiner Weise berührt werde. Für die Paho ist ein separater Eingang im Haus vorgesehen. Unter diesen Voraussetzungen stimmte der Vorstand der Einmietung der Paho in das Gebäude der Union Helvetia in Zürich zu.

Ein weiteres Geschäft betraf die Beitragsleistung der Arbeitgebermitglieder im Jahre 1945. Bekanntlich leisteten die Arbeitgeber ihre bisherigen Beiträge, in Abweichung der Statuten, während der Kriegszeit nach einem System der Selbsteinschätzung, das sich im grossen und ganzen bewährt hat, obschon leider die Selbsteinschätzungen der Betriebe innerselbst gestellter Frist zu wünschen übrig lassen, was dann zu unangenehmen Anständen führt. Dieses System der Selbsteinschätzung gilt bekanntlich auch für das Jahr 1944, wofür die Arbeitgeber die Formulare bereits erhalten haben.

Wir richten neuerlich einen Appell an unsere Mitglieder, soweit sie bei der Paho beteiligt sind, den Anforderungen der Paho-Verwaltung doch zu entsprechen und dafür zu sorgen, dass durch unliebsame und unmotivierte Verzögerungen keine Schwierigkeiten erwachsen. Es liegt dies im Interesse der Arbeitgebermitglieder selber. Für das Jahr 1945 ist die Situation noch nicht abgeklärt. Die Paho-Verwaltung prüft die Frage, in welcher Weise das gegenwärtige System eventuell verbessert werden könne und wird diesbezüglich in einer nächsten Sitzung des Vorstandes ihre Berechnungen vorlegen.

M. R.

Kleine Chronik

Stipendien für Berufsförderung

Wir erinnern erneut an die Möglichkeit, aus dem Ergebnis der letztjährigen Bundesfeier-sammlung Stipendien zur Berufsförderung zu beziehen. Gesuche können entweder direkt an die Bezirkssekretariate der Pro Juventute oder an unser Zentralbüro zur Weiterleitung gerichtet werden. Dem Rapport des Zentralsekretariates dieser Stiftung über die im Monat April gewährten Stipendien ist zu entnehmen, dass auch zwei Kochlehrlinge mit Beiträgen unterstützt worden sind, die es ihnen ermöglichten, sich Berufskleider bzw. Berufswerkzeug, anzuschaffen. Rechtschaffene junge Leute, denen die berufliche Ausbildung finanzielle Schwierigkeiten bereitet, bzw. deren Lehrmeister oder Vormünder, mögen ein begründetes Gesuch einreichen. Die Benützung des Stipendienfonds steht den Berufsgenossen aus dem Gastgewerbe unter den nämlichen Bedingungen offen, wie alle übrigen Berufsleuten.

Wahl

Bei starker Simmbeteiligung wurde unser Mitglied, Herr Willi Zurschmiede vom Hotel Bären in Wilderswil, als Gemeinderat und gleichzeitig als Vizepräsident des Rates gewählt. Wir gratulieren zu diesem schönen Wahlerfolg und freuen uns, wenn sich die Vertreter unseres Standes so aktiv im öffentlichen Leben betätigen.

Wirtschaftsnotizen

Dolderbahn-Aktiengesellschaft Zürich

Alle abgeschlossenen Betriebe haben laut Geschäftsbericht für das Jahr 1943 wiederum leicht erhöhte Frequenzen und Einnahmen zu verzeichnen. Besonders das Dolder Grand Hotel konnte trotz vermehrter Einreiseschwierigkeiten und weiteren Verkehrseinschränkungen eine Mehrfrequenz gegenüber dem Vorjahre von zirka 2% erzielen. Seit dem Tiefpunkt im Jahre 1940 haben sich die Betriebsergebnisse jedes Jahr verbessert. Das schöne warme Wetter im Frühjahr und Sommer hat gleichfalls die Einnahmen unserer Restaurants, des Wellenbades und der Bahn

günstig beeinflusst. Die stets zunehmende Teuerung, die höheren Löhne, Steuern und Abgaben und die Unmöglichkeit andererseits, infolge der Vorschriften der Eidgen. Preiskontrollstelle die Hotelpreise den höheren Gesteungskosten anzupassen, haben sich jedoch ungünstig auf die Rentabilität unserer Betriebe ausgewirkt.

Die Einnahmen des Dolder Grand Hotels erhöhten sich auf Fr. 779.500.—, der Betriebsüberschuss beträgt Fr. 104.800.— gegen Fr. 53.000.— im Vorjahre. Beim Waldhaus Dolder sind die Einnahmen auf Fr. 468.500.— gestiegen, und es verteilen sich die Mehreinnahmen ungefähr gleichmässig auf das Hotel- und das Restaurantgeschäft. Wegen der geringeren Gewinnmarge erhöhte sich der Betriebsüberschuss nur auf Fr. 47.000.—.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist Betriebserträge von zusammen Fr. 202.000.— auf. Zusammen mit dem Salvovortrag vom Vorjahre betragen die Einnahmen der Gewinn- und Verlustrechnung Fr. 333.000.—. Der Zinsendienst erfordert Fr. 90.000.— für Verwaltungskosten und Steuern, unbegriffen Wehroffer, wurden Fr. 50.500.— verausgabt, und die Beiträge an die Wehrmännausgleichskasse beanspruchten Franken 11.200.—. Für Abschreibungen werden total Fr. 60.600.— verwendet (u. a. Fr. 12.000.— am Inventar Dolder Grand Hotel). Das Konto „Zu tilgende Verwendungen“ wird im vollen Betrage von Fr. 35.937.— abgeschrieben. Der Reservofonds erhält eine Einlage von Fr. 10.000.—.

Es verbleibt alsdann ein Aktivsaldo von Fr. 61.254.—. Der Verwaltungsrat beantragt, hiervon Fr. 50.000.— zur Bezahlung von zwei rückständigen Jahresdividenden zu 5% auf das Prioritätsaktienkapital von Fr. 500.000.— zu verwenden und den Rest von Fr. 11.254.— auf neue Rechnung vorzutragen.

Aktiengesellschaft Bellevue-Palace, Bern

Die Generalversammlung der Aktionäre beschloss gemäss Antrag des Verwaltungsrates, aus dem nach Abzug der Zinsen und Steuern verbleibenden Saldo des Betriebsergebnisses seit 13 Jahren erstmals wieder eine Dividende von 3% auf das Stammkapital und von 6% auf das Prioritätsaktienkapital auszuschütten. Daneben erfolgen Abschreibungen und Einlagen in den Reservofonds. Im weiteren wurde der VR ermächtigt, einem als Stiftung zu gründenden Personalfürsorgefonds eine erste Zuwendung von Fr. 10.000.— zu überweisen. Der Jahresbericht wird in der nächsten Ausgabe noch eingehender besprochen werden.

Saisoneröffnungen

Château-d'Oex: Grand Hotel, eröffnet.
Zermatt: Grd. Hotel Zermatterhof, 12. Juni.
Kulm-Hotel auf Gornergrat, 16. Juni.
Schwefelbergbad: Hotel-Kurhaus, 15. Juni.
Aeschi: Pension Friedegg, 17. Juni.
Bürgenstock: Hotel Honegg, 24. Juni.

Redaktion — Rédaction:
Dr. M. Riesen — Dr. A. Büchi

CHAMPAGNES

GEORGE GOULET, REIMS
LANSON Père et Fils, REIMS
J. BOLLINGER, AY

petites quantités encore disponibles

Agents généraux
pour la Suisse:

RENAUD S.A. BALE

ROGO

Holzgasgenerator für Zentralheizung

der äusserst interessante Holzgasgenerator. Wird vor den bestehenden Zentralheizungskessel vorgeschaltet und verbrennt ausschliesslich Holz, Holzabfälle (Sägemehl). Automatischer Betrieb ohne Mithilfe von elektrischer oder motorischer Kraft. Einfache Bedienung, bessere Heizung, ideale und konstante Temperatur in jedem Lokal.

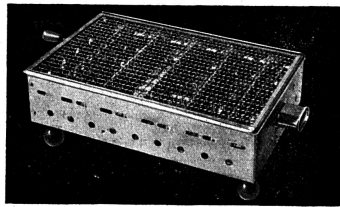
Bis über 50% Brennstoff- und Kostenersparnis,
daher rasche Amortisation. Zahlreiche Referenzen.

ROGO A.G., ZÜRICH - LUGANO
Bureau: ZÜRICH 1, Löwenstrasse 55/57, Telefon 358 48

Ihre Gäste danken es Ihnen

wenn Sie zum Frühstück frischen Toast servieren.

Dieser 800 Watt Flach-Toaster



mit einer Toasterfläche von 22 x 15 cm für 6-8 Halbschnitten Hausbrot, ist leistungsfähig und gibt in 3-4 Minuten laufend einen braunen, knusprigen Toast.

Zu jedem Apparat erhalten Sie 1 Jahr schriftliche Garantie für einwandfreie Funktionieren und Haltbarkeit der Heizspiralen auch bei Höchstbeanspruchung.

Preis Fr. 53.— inkl. Kabel plus WUST.

Bei Bestellungen wollen Sie bitte die Voltzahl angeben.

Rasch und sorgfältig wird Ihr Auftrag ausgeführt durch den



ZÜRICH 1, Löwenstrasse 20
Tel. (051) 565 41

RICHTIGE WEINBEHANDLUNG

Der gute "WAADTLÄNDER"

PRIMATIN

Trägt die Garantie-marke

L'OFFICE DES VINS VAUDOIS
LAUSANNE

QUALITÄT, ECHTHEIT

RICHTIGE WEINBEHANDLUNG

Entremetier

évt. 1er commis de cuisine. Bon gage, entrée 1er juillet. Faire offre: **BUFFET DE LA GARE C.F.F., FRIBOURG**

Jüngerer durchaus zuverlässiger, selbständiger

Gärtner-Portier-Hausbursche

sucht Stelle auf anfangs Juli. Zugleich suchtes gleiche Haus 22-jähriges Mädchen, deutsch u. franz. sprechend, Stelle als

Saallehrtochter Zimmermädchen

Jahresstelle erwünscht. Offerten unter Chiffre L.O. 2235 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

DUETT (ODER TRIO)

frei für Saison (allg. Genre). Bescheidene Ansprüche. Offerten an Konzertmeister, Restaurant Volkshaus, Basel.

Aide Femme de chambre

de 18 à 20 ans demandée pour le 1er juillet. Bonne occasion d'apprendre un service soigné. Offres et certificats à la direction de la clinique Val-Mont, Gilon s. Montreux.

Ihre

Gäste werden sich immer an einem „mords-guet“-Käsil im Luncksack freuen! (4 Käsil ¼ fett für 150 Punkte!)

Sardinen u. Thon

Preisliste verlangen.

L. CIPARISO ZÜRICH

Hofwiesenstrasse 89, Tel. 60 094

Oberkellner oder Chef de Service

mit erstklassigen In- und Auslands-Referenzen, sucht Stelle in Saison- oder Jahresgeschäft.

Gefl. Off. unter Chiffre T.R. 2238 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Bouillons Schittler

Körner

GEBR. SCHITTLER
TEL. 41 50 NÄFELS

Gesucht auf Anfang Juli in grösseres alkoholfreies Restaurant ein tüchtiger

Koch

Ausführliche Offerten an das alkoholfreie Restaurant-Kaffeehalle St. Gallen, Gollathgasse 12.

Gesucht per sofort

jüngere, tüchtige und gut präsentierende

Barmaid

Jahresstelle. Offerten mit Photo, Zeugnisabschriften etc. unter Chiffre B. M. 2232 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Gesucht

für Eintritt Ende Juni, jüngerer, tüchtiger

Etagen-Portier

als Ablösungsdienst. Reise bezahlt. Eiloofferten oder Telefon an Hotel de Paris, La Chaux-de-Fonds.

Offerten

von Vermittlungsbüreaux

auf Inserate unter Chiffre bleiben von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

In frauenlosem, gutgehendem Hotelbetrieb

sucht Witwer eine Stütze

(Tessin). Evtl. Beteiligung geboten. Bureauadamen, Gouvernanten, Sekretärinnen, Köchinnen wollen Offerten mit Bild und Ansprüchen einreichen unter Chiffre M.M. 2238 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Hôtel de la Suisse romande cherche

2ème Secrétaire

connaissant le français, l'allemand et la maincourante. Faire offre avec copie de certificats, photo et prétentions sous chiffre G.E. 2221 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

Wir suchen initiative

Sekretärin als Vertrauensperson u. Stütze

in Hotel-Restaurationsbetrieb nach Zürich. Offerten mit Photo und Gehaltsansprüchen unter Chiffre V. S. 2233 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

GESUCHT

Bureaufräulein

die selbständig das Journal führen kann, ferner **Gouvernante** mit Kenntnis der Lingua und des Services. Gefl. Offerten mit Photo und Zeugnisabschriften unter Chiffre F. A. 2231 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Les restaurations d'hôtels dans le cadre du programme fédéral de création de possibilités de travail

(Extraits de la conférence faite à l'assemblée des délégués de la S.S.H. à Locarno, par M. Iklé, substitué du délégué du Conseil fédéral à la création de possibilités de travail.)

Les principes de la création de possibilités de travail

L'arrêté du Conseil fédéral, du 29 juillet 1942, qui règle cette question, constitue la base juridique de ces mesures et se fonde sur la constitution et sur la réglementation actuelle de notre économie. Dans son rapport intermédiaire sur les mesures préparatoires prises en vue de la création de possibilités de travail, le Conseil fédéral rappelle que les bases constitutionnelles pour une vaste politique de création de possibilités de travail font défaut. C'est la constitution qui décrit, en les énumérant, les tâches de la Confédération, et tout ce qui n'est pas expressément confié à la Confédération est l'affaire des cantons. C'est pour respecter ce principe fédéraliste que la Confédération n'entreprend pas en propre une action en vue de créer des possibilités de travail, mais qu'elle appuie et encourage les efforts des cantons dans ce domaine.

L'arrêté du Conseil fédéral du 29 juillet 1942, n'outrepasse les prescriptions fédérales que sur un point, soit en déclarant, à l'art. 2, que « la Confédération dresse un plan général de lutte contre le chômage ». Dans ce cadre général fixé par le Conseil fédéral, les compétences de la Confédération elle-même, des cantons et des communes, ainsi que les relations entre l'économie et l'Etat sont absolument respectées.

Selon l'article 1er de l'arrêté en question, la Confédération ne prend de telles mesures que lorsque et pour autant que l'économie privée n'est pas en état d'assurer par ses propres moyens du travail en suffisance.

La priorité continue donc à être laissée à l'économie libre. Mais si l'économie veut conserver cette liberté dans la plus grande mesure possible, elle fera bien d'assujettir ses intérêts à ceux de la communauté et de soutenir efficacement les efforts de l'Etat pour assurer du travail, car l'économie et l'Etat ne sont point des adversaires, et leurs intérêts sont analogues, surtout dans le domaine de l'occupation de la main-d'œuvre.

Plans et initiative privée

Si l'on aborde le problème des restaurations d'hôtels, nous devons reconnaître d'emblée que l'initiative des restaurations d'hôtels doit venir de l'hôtellerie elle-même. Il appartient au seul hôtelier de décider si et comment il veut adapter son hôtel aux besoins actuels ou futurs. Des plans officiels de l'Etat ne pourront jamais dans ce secteur remplacer l'initiative privée. Ce programme général n'est qu'une simple forme du programme d'urbanisme, c'est-à-dire qu'il représente un programme idéal auxquels les efforts privés devraient essayer de se conformer si cela leur est possible. Mais ce plan général n'a jamais eu pour but d'écarter l'initiative privée et de limiter d'une façon quelconque la volonté de l'individu. Toutefois, dans l'intérêt du pays et des stations, chaque hôtelier aura avantage à s'intégrer, lors de la restauration de son hôtel, au plan général, pour que la station dont il est un des éléments, finisse par devenir un tout cadrant avec le paysage, et dans lequel il est tenu compte des besoins du trafic et des sports.

Les prestations cantonales et communales

Le deuxième principe que nous avons dit observer à propos des restaurations d'hôtels provient de la structure même de notre Etat et s'énonce: Pas de subvention fédérale sans une prestation correspondante de la part du canton.

En conformité à l'art. 8 de l'arrêté fédéral, l'aide de la Confédération dépend d'une prestation cantonale atteignant au moins la moitié de la subvention fédérale. La Confédération n'impose aucune prestation aux communes, mais les cantons ont l'habitude de les inviter à assumer leur part de contribution.

Ici l'on risque de se heurter à une première difficulté. Nos stations appartiennent ou forment pour la plupart des communes montagnardes fort pauvres, qui souffrent terriblement de la crise que subit le tourisme. Or, les besoins de restauration de l'hôtellerie ne sont nullement proportionnés aux recettes que les impôts procurent à ces communes et celles-ci ne seront que rarement en mesure de fournir la contribution qui devrait leur incomber. En rédigeant l'arrêté en question, nous nous sommes demandés si, dans de tels cas, la non-participation des communes ne devait pas être expressément prévue par la Confédération. Nous n'avons pu toutefois nous décider d'empêcher de telle sorte sur les compétences des cantons. Nous avons donc cherché une solution qui permette d'éviter cet écueil. Et c'est pourquoi le paragraphe 2 de l'art. 8 prévoit que « lorsque des circonstances particulières le justifient, le canton peut être dispensé exceptionnellement d'une partie de la subvention. Dans

ce cas, l'aide fédérale peut être augmentée en conséquence ». On se trouve en présence de circonstances particulières, au sens de cet article, lorsque le canton en question est spécialement touché par la crise, ou que des communes, dans une situation difficile, doivent être déchargées de leur part de prestation dans l'exécution de travaux. Sans vouloir par là faire la moindre promesse, l'on peut pourtant dire que les conditions légales actuelles donnent en tous cas la possibilité de surmonter dans une large mesure les difficultés auxquelles donnait lieu jusqu'à présent le fait que les communes devaient être mises à contribution. A un autre point de vue encore, on a veillé à ce que les restaurations d'hôtels ne trouvent dans cette obligation des cantons et des communes un obstacle insurmontable, en mettant également au service de la création de possibilités de travail le fonds de compensation des caisses de compensation. Ce fonds de compensation ristourne à la Confédération et aux cantons la moitié de leurs prestations. Alors que, d'après les dispositions précédentes, les cantons avaient à acquiescer d'une contribution égalant la moitié des subventions fédérales, ils peuvent maintenant mobiliser, en ayant recours à la Confédération et au fonds de compensation, un montant 5 fois supérieur à leur prestation.

Action de réparations et de rénovations

A côté de l'action de restauration d'hôtels proprement dite, on exécute pendant les mois d'hiver, ce qu'on appelle l'action de réparations d'immeubles et de rénovations. On entend par travaux de réparations et de rénovations les travaux nécessaires pour entretenir un bâtiment ou, si l'on veut, pour le maintenir en état: les réparations de toits et de bâtiments, le nettoyage des façades, le retapisage et la peinture des locaux, ainsi que d'autres travaux analogues. Mais si l'on s'efforce de réaliser un progrès sur l'état actuel de l'immeuble ou des installations, ce que soit au point de vue hygiénique ou architectural, ou même au point de vue de l'organisation, alors on aborde le domaine des restaurations ou, pour mieux dire, du renouvellement des hôtels. Sont compris dans cette notion de restauration: l'installation d'eau courante dans les chambres à coucher, l'augmentation du nombre des salles de bain, la transformation des locaux généraux ou des salles à manger, l'adaptation de l'architecture extérieure de l'immeuble au goût du jour, en remédiant à des hérésies architecturales, ou en adaptant un bar mondain au « Heimatsstil » qui fait fureur actuellement. Ces dernières transformations peuvent donc être considérées comme des travaux de restauration d'hôtel, sans que l'on veuille dire par là que tous les hôtels doivent se croire obligés de suivre cette mode.

L'action de réparations et de rénovations est, étant donnée la situation favorable du marché du travail, limitée, pendant la guerre, aux mois d'hiver. Cette restriction a pour but de fournir du travail au petit artisanat pendant la saison morte et, par là, de décharger un peu ces artisans pendant les mois d'été. Les milieux hôteliers ont fait remarquer que cette période d'activité à avril était particulièrement défavorable pour l'hôtellerie saisonnière de montagne, et c'est pourquoi le département militaire fédéral a décidé d'étendre à fin mai, la date extrême pour de tels travaux.

Les réparations et rénovations d'hôtels sont naturellement également subventionnées dans le cadre de cette action de réparations et de rénovations. Elles sont mentionnées sous la rubrique « réparations et rénovations de constructions privées » et bénéficient d'un subventionnement défavorable par la Confédération. Avec la contribution cantonale, la subvention totale maximum peut donc atteindre 37,5%.

L'action de restauration d'hôtels proprement dite est réservée à l'après-guerre. Malgré cela, nous sommes prêts, dans le cadre de l'action de réparations et de rénovations, d'admettre également des demandes de subvention concernant des travaux de restauration, à condition que ces travaux puissent être exécutés dans les délais fixés pour les travaux de réparations et de rénovations. De ce fait, les vastes transformations sont automatiquement exclues, mais les petits travaux de restauration qui peuvent être exécutés pendant les mois d'hiver (surtout des travaux intérieurs) peuvent entrer en ligne de compte. L'on peut leur appliquer le taux maximum de subvention de 35%.

Les demandes de subsides pour des travaux de réparations et de rénovations doivent être adressées, par la voie ordinaire, aux autorités communales ou cantonales compétentes. Les demandes relatives à la restauration d'hôtels et de stations balnéaires ou à l'assainissement technique de stations ou d'installations publiques doivent être adressées directement au délégué à la création de possibilités de travail pour que celui-ci puisse examiner, avec les sections administratives intéressées, si les travaux en question répondent aux exigences du plan d'ensemble. De telles demandes seront soumises au Bureau central d'études pour l'assainissement technique d'hôtels et de stations. On veut éviter par là de mettre en branle tout le cortège des autorités fédérales pour apprendre finalement que, du point de vue du plan d'ensemble de la station, ces travaux ne sont pas subventionnables. S'il n'y a aucune objection à faire au projet dans ce domaine, les autorités fédérales

se mettront immédiatement en rapport avec le canton pour s'entendre au sujet du taux de la subvention cantonale. On entendra aussi chaque fois l'avis de la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie, afin d'éviter que de nouveaux capitaux ne soient investis à tort et à travers.

Si l'examen révèle que les travaux de restauration envisagés cadrent avec le plan d'ensemble et qu'il s'agit d'une entreprise digne d'être maintenue, on peut alors compter sur une subvention atteignant au maximum le taux de 35%. Le pourcentage de la subvention sera déterminé en tenant compte de la situation du marché du travail et, dans une certaine mesure, de la capacité financière du requérant, bien que ce dernier critère doive passer à l'arrière-plan, afin de ne pas donner à ce subsidie le caractère d'une mesure de secours pour personnes dans une situation économique critique. En ce moment, le maximum de subvention ne sera pas accordé, car la situation du marché du travail peut être considérée comme réjoignant. Mais au début de l'après-guerre, quand l'arrêté fédéral entrera pleinement en vigueur, puisque nous aurons tout intérêt à surmonter le mieux possible l'inévitable crise qui se produira, on pourra alors s'attendre à des subventions qui seront bien près du maximum. Celui-ci a été fixé à un niveau assez élevé, afin que l'hôtellerie, qui souffre si fortement de la crise, puisse quand même mettre en train d'importants travaux.

Qu'advient-il des demandes qui ne répondent pas aux nécessités du plan d'ensemble? Elles seront retournées au requérant en lui recommandant de tenir compte des objections des commissions ou offices consultés. Eventuellement, l'on procédera en commun à un échange de vue. L'on peut admettre que l'on aboutira, la plupart du temps, à une entente. Si cela n'est pas possible, nous devons envisager soit le rejet de la demande, soit une réduction du taux de subvention. Toutefois la demande ne sera rejetée que si l'on propose une solution aucunement satisfaisante et qui soit totalement étrangère au plan d'ensemble.

Le critère de la situation du marché du travail

La condition de l'aide fédérale est « un chômage menaçant ou un manque d'occupation dans les branches dont les mesures de création de possibilités de travail tiennent compte ». Ce n'est donc pas le besoin de restauration des hôtels qui importe en premier lieu, mais ce que l'on considérera surtout sera la nécessité de créer des occasions de travail et de gain dans l'industrie du bâtiment.

Le fait que la Confédération s'est montrée disposée, pendant les périodes où il y avait manque d'occupation, d'encourager des travaux et commandes privées a fait naître, ci ou là, le désir de voir subventionner certains travaux présentant une réelle utilité économique, même lorsque le marché du travail ne couvrirait pas de danger immédiat. C'est ainsi que M. Meili, conseiller national, a déposé une interpellation dans ce sens, il y a quelques temps. Le Conseil fédéral vient d'y répondre comme suit dans son rapport intermédiaire sur les mesures préparatoires prises en vue de la création de possibilités de travail:

« Les subventions envisagées doivent servir en premier lieu à créer des possibilités de travail. En l'absence de tout chômage, la Confédération n'aurait, dans la majorité des cas, aucun motif de laisser entrevoir une aide de sa part. Le fait de donner la préférence en matière de création de possibilités de travail à des travaux productifs et utiles du point de vue de l'économie nationale, ne saurait être considéré comme le prélude à une aide fédérale de caractère permanent. En agissant différemment, la Confédération irait à des fins contraires et se priverait d'un précieux instrument d'intervention. Désireuses d'influencer dans une certaine mesure le marché du travail lorsque la main-d'œuvre est entièrement occupée, les autorités fédérales s'efforcent d'ajourner tous les travaux non urgents, qu'il s'agisse de travaux publics ou de travaux privés subventionnés. Nous devrions donc pratiquer une telle politique même si les travaux en question étaient subventionnés d'une manière normale. Dans la plupart des cas, l'ajournement peut avoir lieu sans inconvénient. C'est ainsi qu'on peut prévoir que nous disposerons d'assez de temps, pendant la période qui s'étendra entre la signature de l'armistice et la reprise du tourisme international, pour procéder aux travaux de restauration d'hôtels, indépendamment du fait qu'il n'existe actuellement que très peu de projets exécutables. L'hôtellerie sera donc bien inspirée d'accélérer l'exécution de ses plans, afin qu'ils puissent être réellement exécutés pendant la crise qui risque de se produire après la guerre. »

Dans les milieux hôteliers, on est évidemment pas très satisfait de cette façon de considérer le problème. On désire que les restaurations d'hôtels ne soient pas seulement envisagées comme moyen de créer des possibilités de travail, mais d'une mesure propre à développer l'hôtellerie et le tourisme. Qu'il nous soit permis de faire quelques remarques de principe à ce sujet. Notre constitution se place sur le terrain de la liberté de commerce et d'industrie et ne connaît pas, par conséquent, de mesures propres à développer telle ou telle branche d'industrie. Les nouveaux articles économiques, qui n'ont toutefois pas encore été votés, constituent pourtant une première tentative dans cette direction. L'exemple de l'agriculture qui ne voit plus d'issue pour elle que dans l'économie dirigée, nous montre à quoi l'on aboutit en soutenant ou en développant artificiellement telle ou telle branche d'industrie. Cette évolution est inévitable. L'Etat ne peut, à la longue, accorder des secours sans surveiller, réglementer, diriger et sans intervenir en maître dans la vie économique. L'hôtellerie doit donc faire son choix et adopter, soit la voie du développement

économique forcé avec toutes ses conséquences et courir le danger de devenir une hôtellerie dirigée, soit adapter ses besoins de restauration à la situation du marché du travail et ne recourir à l'aide de l'Etat qu'en cas de chômage menaçant ou de manque d'occupation dans la branche pour laquelle l'aide est envisagée. Les subventions fédérales accordées en vue de créer des possibilités de travail ne sont en principe pas des mesures de secours en faveur de ceux qui fournissent les travaux, mais une prime pour encourager les bénéficiaires de ces subventions à aider l'Etat à combattre le chômage. Ainsi conçues, ces primes ne constituent pas une mesure durable et par conséquent n'impliquent pas une intervention de l'Etat dans l'hôtellerie, ni ne recèlent un danger d'économie dirigée. Je crois que l'hôtellerie ferait bien de se ranger au point de vue « des créations de possibilités de travail et non à celui du subside à ne pas imiter ceux qui attendent tout de l'Etat et qui, inconsciemment peut-être, deviennent les fossyeurs de l'économie libre.

Il ne semble pas justifié de craindre que par suite d'une situation constamment favorable du marché du travail les travaux de restauration d'hôtels ne puissent être exécutés. Il faut en tous cas compter avec une crise grave du marché du travail au moment de la démobilitisation, et il ne faut pas oublier que le degré d'occupation satisfaisant actuel est dû exclusivement à la guerre. Il est provoqué par les énormes dépenses que la Confédération consent pour la défense nationale et qui atteignent annuellement 1,3 milliard de francs. Elles permettent d'éloigner régulièrement plus de 100000 personnes du marché du travail, tandis que 70000 autres sont occupées par des commandes d'armement. A cela s'ajoute les énormes besoins de l'agriculture et des industries fabriquant des produits de remplacement. Ces quelques considérations font bien ressortir la crise qui menace le marché du travail au moment où les conditions présentes cesseront d'exister.

Dans quelle mesure est-on prêt?

Notre souci n'est donc pas qu'il n'y ait pas de chômage, mais nous craignons au contraire qu'il n'y ait pas assez de travaux prêts à être exécutés. Les pouvoirs publics ne négligent rien pour renforcer cette préparation. Il appartient maintenant à l'économie privée d'exercer une influence décisive sur le rapport entre les travaux privés et publics qui seront effectués. Ne vaudrait-il pas mieux, au cours des années de crise qui nous menacent, restaurer l'appareil de production de notre industrie et nos hôtels, que de faire des travaux d'amélioration, de construire des routes, de défricher des chemins de fer et des bâtiments administratifs, bien que les premiers aient aussi leur importance du point de vue touristique? L'Etat est disposé à apporter une aide efficace à l'hôtellerie lors de la restauration de ses entreprises. Mais l'hôtelier est-elle également prête, si le chômage survient demain, d'ordonner aussitôt ces restaurations? Nous ne le croyons pas. — Les plans faits pour un avenir lointain, et dont nous reconnaissons parfaitement la valeur, ne nous avancent guère dans ce domaine.

Ce qui est urgent ce sont des projets concrets prêts à être exécutés, qui répondent aux besoins de chaque entreprise, qui soient adaptés à leur capacité financière et qui puissent s'incorporer dans le plan d'ensemble établi pour la station en question.

C'est pourquoi nous saisissons donc l'occasion d'adresser à l'hôtellerie suisse un appel urgent pour l'engager à ne pas perdre de temps et entreprendre avec toute son énergie la préparation des plans et projets.

N'oublions pas que la crise consécutive à la guerre peut être courte. Il est en effet possible que cette crise soit assez rapidement suivie d'une période de reprise et de développement, pendant laquelle les mesures propres à créer des occasions de travail devront être suspendues. Ainsi donc, ce n'est que pendant la crise immédiatement consécutive à la guerre, que l'hôtellerie a la chance unique de restaurer ses maisons en bénéficiant de subventions officielles dépassant le 50% des frais.

Celui qui ne profitera pas de cette chance ne pourra plus soutenir avec succès la concurrence de ses collègues lorsque le tourisme reprendra, et il se verra quand même obligé, ultérieurement, de procéder à ces restaurations, mais dans des conditions beaucoup plus onéreuses. Seuls les établissements qui, au moment de l'armistice, disposeront de projets prêts à être exécutés pourront compter avec une quasi certitude sur les secours publics. La Confédération est en outre disposée à encourager déjà d'importants travaux de plans et projets en accordant une subvention, pour procurer ainsi du travail aux architectes qui ne sont pas entièrement occupés.

Le financement des restaurations d'hôtels

Ainsi que nous l'avons déjà dit, la Confédération accorde pour les restaurations d'hôtels des subventions qui peuvent atteindre le 35% des dépenses et auxquelles s'ajoute le subside cantonal qui est au maximum de 17,5%. Cela signifie que les travaux de restauration d'hôtels peuvent bénéficier de subventions s'élevant au total à 52,5%. Ce qui, étant donné notre statut économique actuel, nous paraît être le maximum de ce que l'on peut espérer dans ce domaine.

On a émis l'opinion que l'hôtellerie ne serait pas en mesure de supporter la part de frais qui lui incombe. C'est cette crainte qui a fait naître l'idée d'un fonds de solidarité qui serait constitué par les versements qu'effectueraient les hôteliers. Ce projet, qui suppose de la part de l'hôtellerie un vaste sentiment de solidarité, voit sa réalisation entravée, car les bases juridiques né-

Au point de vue calorique, l'ensemble des groupes de marchandises présente une amélioration sensible d'environ 16% par rapport au mois de juin 1943. Les chiffres suivants donnent encore une idée des avantages, exprimés en pour cent, qui sont consentis aux hôtels et restaurants, quant aux quantités de marchandises attribuées, par rapport aux rations de la carte personnelle de denrées alimentaires. Ces chiffres concernent le mois de mai 1944.

Groupes de marchandises:	A 92%	D 110%
	B 47%	F 400%
	C 54%	J 8%

Pour le groupe M, les quantités attribuées aux ménages privés et aux ménages collectifs sont identiques. Ajoutons encore que certaines attributions supplémentaires ont de plus été consenties aux ménages collectifs: par exemple l'attribution spéciale de salami, qui a eu lieu au mois de juillet de l'année passée, celle de sucre inverti, etc.

Il faut considérer ces indications concernant l'hôtellerie et la restauration comme des faits que l'on ne peut changer. Il est impossible d'accorder davantage, car c'est spécialement dans les rapports entre l'hôtellerie et l'économie de guerre que l'on peut appliquer le vieux proverbe français: «La plus belle fille du monde ne peut donner que ce qu'elle a.»

Chronique du Palais fédéral

Aux Chambres fédérales

Jusqu'à présent, les questions de trafic et de tourisme n'ont guère été discutées aux Chambres fédérales, au cours de cette session, car aucun des sujets traités ne concernait spécialement ce domaine. La discussion a pourtant brièvement abordé ce thème au cours de l'examen du rapport de gestion du Conseil fédéral et plus exactement du chapitre concernant le Département des postes et chemins de fer. Il fut en effet question alors de la Caisse suisse de voyage et de l'Office central suisse du tourisme. M. Dratschi avait, en son temps, déposé un postulat demandant que la Confédération soutienne financièrement la Caisse suisse de voyage. Un conseiller national s'informa du sort qui avait été réservé à ce postulat et crut devoir, à cette occasion, lancer quelques points à l'adresse de l'Office central suisse du tourisme. M. Meili, conseiller national, para immédiatement l'attaque en démontrant qu'il s'agissait de deux organisations qui n'avaient rien de commun. La Caisse suisse de voyage a uniquement pour tâche de développer les possibilités de vacances pour les personnes ne disposant que de ressources modestes, alors que l'Office central suisse du tourisme doit s'occuper de notre propagande à l'étranger et de tous les efforts propres à développer le tourisme.

M. Celto, conseiller fédéral, fit alors savoir qu'il n'était pas question de subventionner directe-

ment la Caisse suisse de voyage. Par contre, l'Office central suisse du tourisme pourrait doubler sa subvention de fr. 25,000 à cette institution. Cette somme pourrait aussi plus tard être éventuellement encore doublée et les amis de la Caisse suisse de voyage obtiendraient ainsi satisfaction.

Au chapitre de la «création d'occasions de travail», le rapporteur fit part de l'avis de la commission au sujet de la place de tir de Riederalp. Il en ressort que rien ne sera entrepris sans avoir pris contact préliminairement avec les commissions des cantons intéressés. Il rappelle les graves objections soulevées par les cantons de Berne et du Valais à propos de ce projet. M. Kobelt, conseiller fédéral, donna l'assurance que rien de définitif n'avait été encore décidé au sujet de cette place de tir et, qu'avant de prendre une décision, la question serait encore discutée avec la commission des pleins pouvoirs et les deux cantons.

En ce qui concerne le projet d'ordonnance sur l'extension des mesures de secours juridiques et financières en faveur de l'industrie hôtelière élaboré par la Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie, projet qui nous intéresse particulièrement, il semble qu'il pourra encore être traité au cours de ce mois. Au début de la semaine, le Conseil fédéral a soumis aux Chambres le projet de l'ordonnance pour que le parlement puisse prendre une décision sur la procédure à suivre, puisque les deux commissions des pleins pouvoirs n'ont pu s'entendre sur ce point. Comme il y a beaucoup de bonnes raisons pour que cette ordonnance soit prise en vertu des pleins pouvoirs et que, dans d'autres domaines, les Chambres ont elles-mêmes recommandé au Conseil fédéral d'utiliser cette voie, il serait vraiment incompréhensible que l'on refuse à l'hôtellerie, qui est dans une situation exceptionnelle, la possibilité de bénéficier de secours juridiques immédiats. Nous espérons pouvoir donner de bonnes nouvelles à ce sujet dans le prochain numéro de notre journal.

Pour être complet, mentionnons encore le postulat Frei (Zurich) qui demanda au Conseil fédéral d'examiner comment nos stations de cure pourraient être mises au service de la santé publique et être utilisées pour préserver les vastes couches de notre population qui ne disposent que de ressources modestes, contre la maladie. L'association des stations balnéaires tient beaucoup, on le sait, à ce que nos sources curatives puissent profiter à toute notre population. On dispose déjà d'un certain nombre de bains populaires, mais il serait heureux que ces institutions soient encore développées.

Remarquons à ce sujet que certains parlementaires ne font pas toujours preuve dans leurs interventions de la précision qui serait désirable. On peut en effet s'étonner d'entendre le postulant affirmer pour commencer que l'Office fédéral des transports finance une action d'assainissement technique d'hôtels et de stations et opposer à cette action la constatation du professeur Neergard qui prétend l'on ne pourra remédier à la situation critique de nos industries touristiques qu'en les faisant utiliser systématiquement par notre propre population.

Répétons donc encore qu'il s'agit, non pas d'un assainissement technique d'hôtels et de stations, mais uniquement, pour le moment d'un inventaire technique de certaines stations, qui est financé par la Confédération, mais dont l'hôtellerie ne retire financièrement rien du tout.

Trafic et Tourisme

Place de tir contre avions à la Riederalp

Le projet de créer une place de tir contre avions à la Riederalp a été exposé et commenté par les journaux suisses les plus importants. Rappelons brièvement que l'état-major de l'armée propose de construire là-haut des casernes pour 500 à 600 hommes, un téléferique et toutes les installations nécessaires à une place de ce genre.

Une zone de près de 500 km, s'étendant, à l'ouest, à la Falleralp jusqu'à Birghorn, au nord par le Tschingelgat et le haut de la vallée de Lauterbrunnen jusqu'au sommet du Mönch et de là par les Fiescherhörner, Agassichorn, Oberaarhorn, serait interdite à toute circulation pendant 8 mois de l'année, d'octobre à juin, exception faite des samedis aux lundis à midi, de quelques jours à Noël, Nouvel-an et à Pâques pendant lesquels les tirs seraient interrompus.

Ce projet se heurte à une forte opposition des milieux économiques, touristiques, scientifiques et culturels. Le Conseil d'Etat bernois a manifesté clairement son intention de s'opposer lui aussi, à cette idée.

Le Revue «Les Alpes» qui donne ces renseignements précis rappelle en outre que le Club Alpin Suisse a fait tout ce qui était en son pouvoir pour que l'on renonce à ce projet.

Les arguments avancés contre la place de tir de la Riederalp font valoir que ce projet est destiné à l'après-guerre, qu'il ne présente aucun intérêt pour notre défense militaire pendant la guerre actuelle, qu'il causerait de graves dommages à l'une des plus belles contrées de notre pays et la ruine des populations et des guides de l'Oberland bernois. La fréquentation des cabanes du C. A. S. en souffrirait certainement. On relève d'autre part que les nécessités réelles et absolues ne sont pas démontrées, que d'autres possibilités pourraient s'offrir ou, si les avantages étaient peut-être moins grands, du point de vue de l'armée, que dans la région de l'Aletsch et de la Concordia, les inconvénients pour les autres intéressés seraient aussi moins graves.

Pour les alpinistes ces inconvénients sont évidents. Les grandes traversées classiques du Jungfrauoch au Lötschental, au glacier d'Aletsch, au Grimsel, cette terre de grandeur, de beauté, de solitude, cette région unique des courses à ski en haute montagne, seraient définitivement interdites. Ce cœur de notre patrie serait presque exclusivement réservé à des exercices militaires.

Divers

La location des films substandards de l'OCST

On a déjà suffisamment parlé du film comme moyen de réclame. Mais on se représente généralement les films de propagande au cinéma, dans l'ambiance des sièges rembourrés, des films sonores et du public. On oublie trop facilement que le film possède encore bien d'autres possibilités de propagande. C'est ainsi, par exemple, que

le film substandard, de 16 mm, est muet; mais aussi „parlant“ que les autres dans son langage image et pénétrant. Ce film est ininflammable et il peut être utilisé sans danger dans les écoles, les associations et les cercles de famille. Son action dans ces cercles fermés porte beaucoup plus qu'au cinéma. C'est pourquoi l'entrepreneur et discret service de location de films de l'OCST possède une valeur de réclame intense.

Ce service est organisé d'une façon très simple. Un catalogue portant des numéros indique le contenu des films. Quiconque désire donner une représentation dans un but, non pas lucratif, mais récréatif, peut commander ces films par carte postale et il les reçoit moyennant une taxe minime.

Malgré la malice des temps, 1387 rouleaux de films ont été ainsi loués l'année dernière. Si l'on évalue le nombre des spectateurs, c'est-à-dire associations et écoles, à vingt personnes en moyenne, ces films ont atteint près de 28 000 spectateurs.

Qui recourt le plus souvent à ces moyens de récréations? Avant tout les sanatoria, établissements, écoles, associations, comme preneurs réguliers. Des écoles de ski „avancées“ les utilisent également; c'est l'hôtellerie, par contre, qui devrait entrer en premier lieu en ligne de compte, qui se sert le moins de ces ressources.

On constate toutefois que ce service de location jouit d'une faveur grandissante et nombreux sont les preneurs qui comptent parmi les clients réguliers.

Nos amis du film d'aujourd'hui forment le public des voyageurs de demain!

Nécrologie

Mme Charles Mayer †

Nous apprenons le décès, après quelques semaines de maladie, de Mme Charles Mayer, épouse de M. Mayer, tenancier du Buffet de la Gare de Fribourg. Mme Mayer avait collaboré avec son mari dans une longue carrière hôtelière en Suisse et à l'étranger. Issue d'une famille Gex, de Bulle, elle était fort appréciée pour sa grande bonté et la compréhension qu'elle montrait pour les difficultés des gens les plus humbles.

Nous prions M. Mayer et sa famille de trouver ici l'expression de notre vive sympathie.

Les habitués de votre Etablissement
aimeront à trouver chez vous le Fendant



SÉLECTION

VARONE
SION

Die fachmännische Mischung macht's!



Ueber 25 Jahre Fachkenntnis im Einkauf, Rosten und Mischen

Es gibt keine Kaffeesorte, die für sich allein geschmackliche Vollkommenheit aufweist, wie sie durch richtige Mischung erzielt wird. Erst die Zusammensetzung der Eigenlichkeiten der verschiedenen Sorten gibt jenes feine Aroma, den köstlichen Geschmack und die Fülle, die der Kenner schätzt.

Offerten durch:

Kolanda - Kaffeegrossrösterei, Basel 19

Generalvertretung für die Schweiz: Risi-Nahrungsmittelfabrik A.-G., Basel 19

**Favorisez les Maisons
qui font de la publicité dans votre journal**

On se souvient plus longtemps de la qualité
que du prix. Ac.etez vos bons vins rouges chez

BLANK & Co. Vevey

la maison des vins rouges fins.

Wir führen auf Lager:

**Kassa-
Quittungshefte**

Diese Hefte mit perforierter und gummiert Original-Quittung für die Hotelrechnung, sowie deren Kopie im Hefte selbst, sichern eine absolut zuverlässige Kassa-Kontrolle. — Verlangen Sie unsere Muster

U. B. KOCH'S ERBEN, CHUR
VORMALS KOCH & UTINGER
Schreibbücherfabrik • Buchdruckerei

EIN GANG INS

Toppichhaus



LOHNT SICH!



A VENDRE

Hôtel 50 lits

(Maison 2ème rang excellents renommées)

A MONTREUX

centre des affaires, vue directe sur le lac Léman. Situation unique. — S'adresser: Etude Lederrey et Testa, Notaires à Montreux.

Placement de tout premier ordre.

On demande 550 000.—, 4%, premier rang

sur un Hôtel situé dans la meilleure station touristique des Alpes vaudoises (estimé 762 500.—) et sur une splendide résidence en banlieue immédiate de Lausanne (estimée 345 000.—) ou séparément 350 000 et 170 000.—. Ecrire sous chiffre O. 2233 L. à Publicitas Lausanna.

ELEKTRISCHE

Occasions - Händetrodner
ZU KAUFEN GESUCHT.

Ausführliche Angebote bitte umgehend unter Chiffre A. Z. 2219 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

**Vermouth
Bellardi**
immer
mehr verlangt

FÜR DIE SCHWEIZ: PRODUITS BELLARDI S. A. BERNE